

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

17. Wahlperiode

Ausschuss für Europafragen und Eine Welt

21. Sitzung am 07.06.2018
– Öffentliche Sitzung –

Protokoll

Beginn der Sitzung: 14:09 Uhr

Ende der Sitzung: 16:35 Uhr

Tagesordnung:

1. Die Zukunft Europas gestalten – Europa im Leben der Menschen erfahrbar machen – Die Sprache des Nachbarn lernen
Antrag
Fraktion der CDU
– Drucksache 17/5149 –
2. Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2017
Bericht (Unterrichtung)
Landesregierung
– Drucksache 17/6124 –
3. Bewertung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2018 durch die Landesregierung
Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung
Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales
– Vorlage 17/3225 –

Ergebnis:

Anhörung durchgeführt; vertagt zur Auswertung am 18.10.2018
(S. 6 – 33)

Kenntnisnahme
(S. 34)

Kenntnisnahme
(S. 3)

Tagesordnung (Fortsetzung):

- | | |
|--|---|
| 4. Aktueller Stand der Brexit-Verhandlungen
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der SPD
– Vorlage 17/2345 – | Abgesetzt
(S. 4) |
| 5. Virtueller Erasmus+ Austausch
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der CDU
– Vorlage 17/2928 – | Erledigt mit schriftlicher Be-
richterstattung gemäß § 76
Abs.1 Satz 3 GOLT
(S. 5) |
| 6. Europäische Datenschutzgrundverordnung
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der CDU
– Vorlage 17/3050 – | Abgesetzt
(S. 4) |
| 7. Ergebnisse der 127. Plenartagung des Ausschusses der Re-
gionen vom 31. Januar/1. Februar 2018
Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlosse-
nen Vereinbarung
Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für
Medien und Digitales
– Vorlage 17/3155 – | Kenntnisnahme
(S. 3) |
| 8. Ergebnisse der 128. Plenartagung des Ausschusses der Re-
gionen vom 22.3. bis 23.3.2018 in Brüssel
Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlosse-
nen Vereinbarung
Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für
Medien und Digitales
– Vorlage 17/3156 – | Kenntnisnahme
(S. 3) |
| 9. Negative Reaktionen in Europa auf Marx-Kult in Trier
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der AfD
– Vorlage 17/3217 – | Erledigt
(S. 35 - 38) |
| 10. Verschiedenes | (S. 39) |

Herr Vors. Abg. Hartenfels eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und heißt Schülerinnen und Schüler des Dienstleistungszentrums Ländlicher Raum aus der Eifel im Ausschuss herzlich willkommen.

Zur Tagesordnung:

Punkte 3, 7 und 8 der Tagesordnung:

3. **Bewertung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2018 durch die Landesregierung**
Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales
– Vorlage 17/3225 –
7. **Ergebnisse der 127. Plenartagung des Ausschusses der Regionen vom 31. Januar/ 1. Februar 2018**
Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales
– Vorlage 17/3155 –
8. **Ergebnisse der 128. Plenartagung des Ausschusses der Regionen vom 22.3. bis 23.3.2018 in Brüssel**
Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales
– Vorlage 17/3156 –

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Punkte 4 und 6 der Tagesordnung:

4. Aktueller Stand der Brexit-Verhandlungen

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der SPD
– Vorlage 17/2345 –

6. Europäische Datenschutzgrundverordnung

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der CDU
– Vorlage 17/3050 –

Die Anträge werden abgesetzt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Virtueller Erasmus+ Austausch

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

– Vorlage 17/2928 –

*Der Antrag ist erledigt mit schriftlicher Berichterstattung gemäß § 76
Abs. 1 Satz 3 GOLT.*

Punkt 1 der Tagesordnung:

Die Zukunft Europas gestalten – Europa im Leben der Menschen erfahrbar machen – Die Sprache des Nachbarn lernen

Antrag

Fraktion der CDU

– Drucksache 17/5149 –

Herr Vors. Abg. Hartenfels: Ich begrüße die Anzuhörenden und freue mich, dass Sie uns heute zu unserer Anhörung Rede und Antwort stehen. Ich werde Sie in der Reihenfolge der Liste, die den Ausschussmitgliedern vorliegt, aufrufen. Auch wegen der PowerPoint-Präsentation werden wir mit Herrn Ehrhardt beginnen, damit wir das vorweg abarbeiten können.

Wir wollen vom Ablauf her so verfahren, dass ich zunächst alle Anzuhörenden nacheinander zu Wort kommen lasse. Ich bitte die Anzuhörenden, sich in einem Zeitrahmen von bis zu zehn Minuten zu bewegen. Danach können die Fragen der Ausschussmitglieder im Zusammenhang an die Anzuhörenden gestellt werden, die dann immer noch zur Verfügung stehen.

Für die Anzuhörenden einfach noch einmal den Hinweis, wir machen heute keine inhaltliche Diskussion im Rahmen der Anhörung. Die Auswertung der Anhörung wird erst in der nächsten Sitzung stattfinden, damit Sie sich nicht wundern, dass es im Anschluss an die Anhörung nicht zu einer heftigen Debatte kommt. Diese ist nicht vorgesehen. Es sind nur die Fragen – Verständnisfragen, inhaltliche Nachfragen – vorgesehen.

Dann möchte ich mit dem ersten Anzuhörenden beginnen, Herrn Ehrhardt, Vorsitzender des Fördervereins für die Zweisprachigkeit im Elsass und im Moseldepartement e.V. aus Dortmund. Herr Ehrhardt, schön, dass Sie den Weg hierher zu uns gefunden haben. Ich weiß, dass Sie eine PowerPoint-Präsentation mitgebracht haben. Sie haben das Wort.

Herr Werner Ehrhardt

Vorsitzender des Fördervereins für die Zweisprachigkeit im Elsass und im Moseldepartement e.V., Dortmund

– Vorlage 17/3352 –

(Herr Ehrhardt unterstützt seinen Vortrag mithilfe einer PowerPoint-Präsentation.)

Herr Ehrhardt: Danke zunächst für die Einladung. Sie werden sich vielleicht wundern, dass hier jemand aus Dortmund kommt, der etwas über das Elsass erzählt. Das hat aber historische Gründe. Der kleine Verein, dem ich als Vorsitzender vorstehe, entstand um einen ehemaligen thyssenkrupp-Mitarbeiter in Duisburg herum 1992. Als Jurist bin ich damals einfach zur Satzungskreierung zugezogen worden. Ich bin seitdem dabei, und nun bin ich Vorsitzender dieses Vereins. Das Elsass war mir bis dahin vom Namen her ein Begriff, aber ich hatte keine näheren Kenntnisse. Das hat sich dann im Laufe der Jahrzehnte deutlich geändert.

Dieser Verein, dem wir wiederum mit unserem Förderverein Hilfe leisten, ist der Verein A.B.C.M. Zweisprachigkeit im Elsass. Dieser Verein wurde 1991 gegründet. Der Ehrenpräsident, der damals auch an der Gründung beteiligt war, ist Tomi Ungerer, der auch dieses wunderschöne Logo entworfen hat mit dem Kind, das ein Eis mit zwei Zungen schleckt. Das sagt schon viel aus. Es geht also um lebendige Zweisprachigkeit.

Der Verein A.B.C.M. Zweisprachigkeit hat 110 Mitarbeiter und bereitet elf Schulen im Elsass, und zwar Schulen auf privater Basis. Man kann dort die Entwicklung des Vereins in einer kleinen Tabelle sehen. Das beginnt mit fünf Klassen im Jahr 1991. Mittlerweile sind wir im Jahr 2018 bei 61,5 Klassen angekommen. Wir haben jetzt statt der anfänglichen 105 Schüler in den Schulen der A.B.C.M. Zweisprachigkeit 1.293 Schüler. Das ist kontinuierlich über diese Jahre hinweg gewachsen.

(Herr Abg. Schreiner: Wer sind die Träger dieser privaten Schulen? – Entschuldigung!)

1990 war der Zustand im Elsass so, dass es keine zweisprachigen Schulen gab, also keinen bilingualen Unterricht. Der Unterricht wurde ausschließlich in französischer Sprache über alle Schultypen hinweg absolviert. Es war in den Jahrzehnten zuvor von den französischen Behörden sogar teilweise verboten, auf dem Schulhof den elsässischen Dialekt zu sprechen, geschweige denn Hochdeutsch. Die elsässischen Eltern – das heißt, nicht die Eltern, sondern ein Teil dieser Eltern – haben dann die Initiative ergriffen, und es gab eine erste Gruppe 1968 also genau vor 50 Jahren, an der Universität Straßburg, die sich die neue Entstehung einer Zweisprachigkeit auf die Fahne geschrieben hatte. Daraus entwickelte sich der René-Schickele-Kreis, der heute noch existiert. Aus dieser Gruppe wiederum heraus hat sich dann 1991 der Elternverein A.B.C.M. gebildet.

Es war eben so, dass es in den staatlichen Schulen kein Angebot gab und der französische Staat sich auch unwillig zeigte, ein solches Angebot in staatlichen Schulen zu kreieren. Da sprang der Verein A.B.C.M. ein. Als es dann einmal so weit war und die ersten Schulen gegründet und die ersten Klassen gebildet waren und die ersten Schüler dorthin gingen, hat es einen Sog gegeben. Andere Eltern wollten nun auch solche Schulen haben. Der Verein war gar nicht in der Lage, diesem Bedürfnis nachzukommen. So entstand im staatlichen Bildungssystem die zweisprachige Ausbildung, die mittlerweile doch zu erfreulichen Ergebnissen geführt hat. Man sieht auch hier die Entwicklung auf der Tabelle. Wir haben als heute insgesamt 34.000 Schüler – grob gesagt – im Elsass in einer zweisprachigen Bildung.

Zweisprachig heißt – das werden die meisten wissen, ich sage es hier aber trotzdem noch einmal –, dass hier nicht in dem Fall Deutsch als Fremdsprache gelehrt wird, sondern dass die normalen Unterrichtsfächer in deutscher Sprache und natürlich parallel in französischer Sprache dargeboten werden. Das ist natürlich ein sehr intensiver Einstieg in die Sprache, hier in die deutsche Sprache und in den elsässischen Dialekt, der über die Schulen vermittelt wird.

Es kommt hinzu, dass A.B.C.M. von Beginn an eine besondere Pädagogik entwickelt hat, etwas an Montessori orientiert, habe ich mir sagen lassen. Ich bin da kein Experte. Jedenfalls ist es eine sehr spielerische Art, und es ist ja auch eine Initiative, die sich vorrangig zunächst um die Vorschulen gekümmert hat, die es in der Form in Deutschland nicht gibt. Hier hat man es mit einem sogenannten

immersiven Lernen, das man bis heute perfektioniert hat, geschafft, die Kinder in eine gelebte Zweisprachigkeit hineinzuführen.

Das geht dann nachher über die weiteren Schulformen bis zum AbiBac. Das wird dann aber in den höheren Typen nur noch vom Staat angeboten, aber es hat eben die Initiative von A.B.C.M. dazu geführt, dass es heute überhaupt diese Bildungsangebote gibt. Man kann das so sagen. A.B.C.M. stand am Anfang noch etwas der René-Schickele-Kreis voraus.

Die Lage im Jahr 2018 stellt sich etwas anders dar, und leider muss man sagen, gibt es jetzt gewisse Bedenken; denn im Jahr 2015 gab es die große Staatsreform in Frankreich. Das hat dazu geführt, dass die Region Elsass aufgelöst wurde und in die neue Großregion Grand Est eingebracht wurde. Man muss sagen, dass das Elsass natürlich innerhalb dieser Großregion nur noch eine Randrolle spielt – im wahrsten Sinne des Wortes. Neben mir wird der Kopf geschüttelt, aber es ist natürlich so.

Es ist schon klar, der Präsident ist ein Elsässer, aber wenn man sich die Mehrheitsverhältnisse im Generalrat anschaut, dann sind von 169 Volksvertretern im Regionalrat nur 59 aus dem Elsass. Es ist abzusehen, dass die Entwicklung hier für elsässische Interessen nicht positiv sein wird. Natürlich will ich nicht pessimistisch sein, und ich hoffe, dass sich das anders entwickelt, aber diese Bedenken gibt es bei meinen Gesprächspartnern bei A.B.C.M. sehr intensiv.

Es wird ganz konkret natürlich auch um die Finanzierung von A.B.C.M. gerungen; denn ein Drittel des Haushalts von A.B.C.M. kommt von der Region, bisher der Region Elsass und jetzt von der Großregion. Diese Finanzierung ist in dieser derzeitigen Form nur bis 2018, also nur einschließlich des jetzigen Jahres, garantiert. Was weiter kommt, ist von großer Unsicherheit geprägt. Das ist nicht gut für einen solchen Verein. Inwieweit sich das auch auf andere Bereiche des staatlichen Bildungssystems auswirkt, kann ich nicht beurteilen.

Man sieht an dieser Karte am rechten Rand das Elsass. Es ist innerhalb dieser Großregion der östliche Rand. Der territoriale Schwerpunkt liegt natürlich deutlich weiter im Westen. Sicher ist das Zentrum derzeit formal in Straßburg, aber man redet jetzt auch schon davon, dass das Rektorat in Straßburg, das bislang für die Bildung im Elsass zuständig war, Aufgaben an das Rektorat in Nancy abgeben wird. Damit wird es auch zu möglichen weiteren Problemen kommen.

Daher gibt es im Elsass intensive Bestrebungen zur Schaffung einer neuen Region Elsass, das heißt, zu einem Austritt aus der Region Grand Est. Es gibt den sogenannten Aufruf der 100. Das sind elsässische Persönlichkeiten, die sich im September 2017 zusammengefunden haben und seitdem eine intensive Bewegung entfaltet haben, um die Zweisprachigkeit in einer neuen Region Elsass weiterführen zu können.

Abschließend hier noch einige Bilder aus dem Alltag der Schulen.

So weit diese Präsentation.

Zum Antrag darf ich vielleicht auch noch ganz kurz Stellung nehmen. Ich weiß, die Zeit ist knapp.

Herr Vors. Abg. Hartenfels: Jetzt müssten Sie versuchen, sich wirklich kurz zu fassen, weil wir das mit dem Zeitrahmen sonst nicht schaffen.

Herr Ehrhardt: Das mache ich natürlich.

Der Antrag ist geprägt vom Begriff „Sprache des Nachbarn“. Das ist natürlich schon ein problematisches Ding; denn wenn man von der Sprache des Nachbarn bei anderen Randgebieten Deutschlands redet, dann ist es dort immer eine andere Sprache eines ausländischen Staates, die man im eigenen Land pflegen will. Selbstverständlich sind alle Teile des Antrags, die sich mit dem zweisprachigen Unterricht in Rheinland-Pfalz beschäftigen, positiv und zu begrüßen. Die französische Sprache in Rheinland-Pfalz zu pflegen und zu stärken, ist ganz sicherlich gut.

Der Antrag nimmt aber keine Rücksicht auf diese besondere Situation des Elsässischen und der deutschen Sprache im Elsass, die historisch gewachsen eine andere Basis hat. Die deutsche Sprache im

21. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2018
– Öffentliche Sitzung –

Elsass ist nicht die Sprache der Bundesrepublik Deutschland, sondern es ist die eigene Sprache, die aus der eigenen kulturellen Wurzel kommt. Das ist mindestens mehrere hundert Jahre alt. Die Gutenbergbibel kam aus Straßburg – nur so nebenbei gesagt.

Frankreich hat bis heute die europäische Charta der regionalen Minderheitensprachen nicht ratifiziert. Da zeigt sich schon, das französische Denken ist hier anders. Es ist nach wie vor ausgeprägt in Artikel 2 in der Verfassung: Die Sprache der Republik ist Französisch. – Das heißt: nur Französisch.

Es gibt viele positive Beispiele, wie man mit Minderheitensprachen umgehen kann, auch der deutschen Sprache. Insbesondere sieht man das in Belgien und in Luxemburg. Ich halte das für sehr vorbildlich, und ich weiß nicht, warum das nicht auch in Frankreich möglich sein kann, Deutsch ganz normal zu lernen und auch als Amtssprache zu verwenden.

Dabei darf ich es zunächst einmal belassen.

Danke.

Herr Vors. Abg. Hartenfels: Vielen Dank, Herr Ehrhardt, für Ihre Ausführungen. Ich gehe davon aus, dass Sie dem Ausschuss die PowerPoint-Präsentation zur Verfügung stellen können.

Herr Ehrhardt: Ja.

Herr Vors. Abg. Hartenfels: Vielen Dank dafür. Dann können wir das im Protokoll so festhalten.

Dann kommen wir zur nächsten Anzuhörenden. Auch Sie heiße ich ganz herzlich willkommen, Frau Petilliot-Becker, Referatsleiterin Grundschulen, Frühkindliche Bildung und Erziehung aus dem Ministerium für Kultur, Jugend und Sport Baden-Württemberg. Wir sind gespannt auf Ihre Ausführungen. Bitte schön.

**Frau Ilse Petilliot-Becker,
Referatsleiterin Grundschulen, Frühkindliche Bildung und Erziehung
Ministerium für Kultur, Jugend und Sport Baden-Württemberg**

Frau Petilliot-Becker: Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung. Ich habe sie sehr gern angenommen, zumal ich gebürtige Rheinland-Pfälzerin bin.

Baden-Württemberg verbindet 180 Kilometer gemeinsame Grenze mit Frankreich. Damit sieht Baden-Württemberg eine besondere Verpflichtung und Aufgabe innerhalb des deutsch-französischen Dialogs und darüber hinaus aus sozio-kulturellen und historischen Gründen zum Nachbarland Frankreich in der Region Oberrhein. Dieser Verpflichtung ist sich Baden-Württemberg bewusst und hat bereits vor über 30 Jahren mit besonderen Maßnahmen im Bildungsbereich reagiert, die ich im ersten Teil als Genese aufzeigen werde. Im zweiten Teil gehe ich auf die handlungsleitenden Argumente für die französische Sprache ein und stelle dann im dritten Teil den derzeitigen Stand kurz dar.

Zur Genese: Bereits mit Beginn des Schuljahres 1984/1985 wurde an den Grundschulen im grenznahen Raum zu Frankreich das Sprache- und Begegnungsprogramm „Lerne die Sprache des Nachbarn“ eingeführt. Dieses Programm stieß auf großes Interesse bei den Grundschulen. Bereits nach einem Jahr lehrten 300 Grundschulen Französisch ab Klasse 3. Das Programm wurde dann in den folgenden Jahren ausgebaut, sodass 80 % aller Grundschulen in der Region Oberrhein Französisch ab Klasse 3 unterrichteten und 100 Schulpartnerschaften entstanden.

Im Jahr 2001/2002 startete die zweijährige Pilotphase „Fremdsprachen in der Grundschule“. Dies war die Einführung der Pflichtfremdsprache mit Beginn in Klasse 1.

Ab 2003/2004 wurde der Fremdsprachenunterricht in der Grundschule verbindlich. Baden-Württemberg hat sich bei der Einführung der ersten Fremdsprache in den Grundschulen entschieden, Französisch an der Rheinschiene und Englisch in den übrigen Teilen Baden-Württembergs einzuführen.

Welche Gründe sprachen für Französisch? Französisch ist die Sprache des Nachbarn und ermöglicht Verständigung und Zusammenleben. Französisch als Fremdsprache in den Grundschulen der Rheinschiene schließt Englisch in den weiterführenden Schulen nicht aus. Praxis ist in der Rheinschiene das Drei-Sockel-Modell der Fremdsprachen: Landessprache Deutsch, Nachbarsprache Französisch, Verkehrssprache Englisch. – Französisch ist gerade am Oberrhein aus historischen, geografischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen im wahrsten Sinne des Wortes naheliegend.

Deutschland ist für Frankreich ein wichtiger Wirtschaftspartner. Die Oberrheinregion ist gekennzeichnet von kleinen und mittleren Unternehmen. Es gibt in diesem Wirtschaftsraum über 700.000 deutsch-französische Arbeitsplätze. Somit besteht Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, die beide Sprachen sprechen.

Und, was Baden-Württemberg auch bewogen hat, Mehrsprachigkeit muss Alltag werden. Das heißt, wir müssen lernen, uns zu bemühen, einander zu verstehen. Das heißt, die Muttersprache zu beherrschen und weitere Sprachen zu erlernen. Die Gemeinschaftssprache muss so vertraut sein, dass man sich auf eine Kommunikation einlässt.

Französisch als romanische Sprache ermöglicht ein Komplementärprogramm zum Deutschen und legt den Grundstein für Spanisch und Italienisch. Französisch ist Amtssprache in 30 Ländern und der UNO, der OECD und der UNESCO. 160 Millionen Menschen sprechen Französisch. Damit ist das Erlernen von Französisch auch eine Qualifikation für Europa.

Wo stehen wir heute in Baden-Württemberg? Am Netzwerk „Bilinguale Kindertageseinrichtungen Élysée 2020“ nehmen derzeit zehn Kindertageseinrichtungen in der Region Oberrhein teil. Partnerschulen, gemeinsame Schullandheimaufenthalte, Besuche in der Gastklasse, Schüleraustausch und gemeinsame Projekte oder das Programm „Europa am Oberrhein“ sind an vielen Schulen am Oberrhein Standard.

21. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2018
– Öffentliche Sitzung –

Ab dem Schuljahr 2018/2019 werden wir mit dem Fremdsprachenunterricht in der Grundschule ab Klasse 3 beginnen. Dies ist dem Lehrermangel in der Grundschule geschuldet. Durch die schulartübergreifende Abstimmung der Bildungspläne werden in der Sekundarstufe I Anschlüsse ermöglicht. Wir haben in den Haupt- und Werkrealschulen Arbeitsgemeinschaften und Zusatzunterricht in der französischen Sprache.

In den Realschulen kann Französisch als zweite Fremdsprache gewählt werden. Wir haben hier die Stundenzahl von zwölf auf 14 Wochenstunden erhöht und bieten in der 5. Klasse Brückenkurse an. Die Gemeinschaftsschulen können ebenfalls Französisch als zweite Fremdsprache ab Klasse 6 mit 18 Wochenstunden wählen. An den Gymnasien lernen derzeit in Baden-Württemberg rund 160.000 Schülerinnen und Schüler Französisch. Von den 17 öffentlichen Gymnasien mit bilingualem Zug befinden sich neun in der Rheinschiene.

In Freiburg gibt es binationales Gymnasium, und zur Qualifizierung von Arbeitskräften wird berufsbezogener Fremdsprachenunterricht angeboten, der zum Abschluss Azubi-BacPro führt.

Ferner haben wir das Netzwerk bilingualer Schulen insbesondere in der Grundschule ausgebaut. Die 14 Standorte, die bislang Schulversuch waren, werden ab dem kommenden Schuljahr 2018/2019 in die Regelphase überführt und erhalten eine Sonderzuweisung an Stunden.

Wir haben ebenfalls einen integrierten deutsch-französischen Studiengang für das Lehramt an Grundschulen, ITS genannt. An dessen Ende steht der Masterabschluss in Frankreich und das 2. Staatsexamen in Baden-Württemberg. Und es gibt verschiedene Austauschmaßnahmen für Grundschullehrkräfte.

Mein Fazit: Interkulturelle Bildung ist eine Querschnittsaufgabe bzw. schulart- und fachübergreifende Aufgabe von Schulen. Die darunter gefassten Inhalte weisen eine Reihe von Schnittmengen auf: interkulturelle Bildung, Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Menschenrechtsbildung und auch Europabildung. – Bereits im Mai 2000 stellte der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Herr Erwin Teufel, fest, das Beherrschen einer Fremdsprache wie Französisch im 21. Jahrhundert ist eine Schlüsselfertigkeit wie Rechnen, Lesen und Schreiben.

Danke schön.

Herr Vors. Abg. Hartenfels: Herzlichen Dank für den Blick nach Baden-Württemberg ins Nachbarbundesland. Wir kommen damit direkt zum nächsten Anzuhörenden, Herrn Pierre Reding, Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse, Département de l'Éducation nationale.

Herr Reding, auch Sie haben 10 Minuten zur Verfügung. Sie dürfen loslegen.

**Herr Pierre Reding,
Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse
Département de l'Éducation nationale**

Herr Reding: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin Erster Regierungsrat im Ministerium de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse in Luxemburg. Auf dem Weg nach Mainz habe ich an meinen Patensohn gedacht, der heute seine Abiturprüfung in Philosophie schreibt. Ich weiß nicht, was ihn erwartet, er ist jetzt gerade dabei. Es kann sein, dass er eine Frage über Hobbes gestellt bekommt, dann muss er einen Text auf Englisch interpretieren, oder eine Frage über Kant, dann muss er halt den Text auf Deutsch schreiben, oder eine Frage über Descartes, dann muss er es halt auf Französisch schreiben. – Ich sage dies, um darzustellen, wie die Situation bei uns ist.

Ich möchte den Weg kurz umreißen, den ein Kind bei uns – ich sage immer ganz bewusst – mitmacht. Von null bis vier Jahren hat man ein Recht auf 28 Gratisstunden in einer Kindertagesstätte unter der Bedingung, dass die Kindertagesstätte bilingual funktioniert, und zwar Französisch und Letzeburgisch. Dann beginnt die Schulpflicht mit vier Jahren seit jeher. Man kommt in die Vorschule, und dort geht es noch einmal weiter mit Französisch Und Letzeburgisch, wobei vor allem Letzeburgisch als Integrations-sprache vermittelt wird.

Das Kind kommt ins 1. Schuljahr und lernt Lesen und Schreiben auf Deutsch. Die deutsche Sprache ist aber weder die Sprache der 40 % luxemburgischen Kinder noch der 60 % ausländischen Kinder, die unsere Schule im Moment besuchen. Das Kind bleibt sechs Jahre lang an der Grundschule, im 2. Schuljahr kommt Französisch hinzu. Auch das Französische ist weder die Sprache der einen noch der anderen. Im 3. Schuljahr hat das Kind dann sieben Stunden pro Woche – in Luxemburg haben wir Zeitstunden – Französisch und fünf Stunden pro Woche Deutsch und eine Stunde Letzeburgisch bis zum Ende der Grundschule.

In der Sekundarschule, dann auf Septima, wechselt auch die Schulsprache. War bis dahin das Deutsche die Schulsprache, also auch in Mathematik oder in den naturwissenschaftlichen Fächern, wechselt Mathematik von einem Tag zum anderen ins Französische über, und so geht es auch weiter. Ab der Klasse 9 gilt das für alle Fächer, außer natürlich Deutsch und Englisch.

Ich habe den Antrag gelesen. Ich teile Ihre Leidenschaft für die europäische Idee, ich teile Ihre Leidenschaft für das Erlernen der Sprachen und der Mehrsprachigkeit. Ich teile nicht unbedingt die Meinung, dass die europäische Idee und die Mehrsprachigkeit korrelieren.

Unsere Schüler in Luxemburg sind nicht schlauer, sie sind nicht sprachbegabter. Unsere Gesellschaft in Luxemburg hegt auch nicht eine größere Liebe für Europa als andere Länder, leider Gottes nicht. Die Akzeptanz für die Mehrsprachigkeit – das muss ich leider so feststellen – geht zurück, unter anderem durch eine höhere Einschätzung bei der Bevölkerung der luxemburgischen Sprache, seltsamerweise bedingt durch die modernen Medien. Früher schrieb man einen Brief in Luxemburg auf Deutsch oder vor allem auf Französisch, jetzt schreibt man eine SMS oder eine Mail auf Luxemburgisch, das ist ganz klar. Die Mehrsprachigkeit hat nicht nur Vorteile, sie bringt auch Nachteile, und nicht zuletzt kommt auch die Rolle des Englischen hinzu, die unsere Dreisprachigkeit sehr stark infrage stellt, und auch die neue Rolle, die man der luxemburgischen Sprache zugesteht.

Wieso sind wir mehrsprachig? – Ich habe in dem Antrag den schönen Satz gelesen: „Hier kann Luxemburg mit seinem konsequent mehrsprachig aufgebauten Bildungssystem beispielgebend sein.“ – Ich will Baden-Württemberg in einer Sache toppen: Ich glaube, Sie haben von 1984 gesprochen,

(Zuruf aus dem Saal: Ja!)

ich spreche von 1774. Der allererste Lehrplan in Luxemburg war bilingual, das heißt, die Schule in Luxemburg ist seit jeher bilingual.

Herr Vorsitzender, vielleicht erlauben Sie mir einen kleinen Exkurs. Luxemburg gehörte seinerzeit zum Reich Maria Theresias, und Maria Theresia hat einen Schlesier beauftragt, Lehrpläne zu erstellen. Die

Amtssprache war Deutsch, und der Schlesier hat gesagt, es wird in jedem Erzland der Maria Theresia Deutsch gelernt plus die örtliche Sprache. Luxemburg war seinerzeit sowohl deutsch- als auch französischsprachig durch die Province du Luxembourg in Belgien, sie gehörte seinerzeit dazu, und deshalb ist es Deutsch und Französisch. Seit 1774 werden Deutsch und Französisch an der luxemburgischen Schule gelernt, beide Sprachen zugleich, und es wird auch in beiden Sprachen gesprochen und gelesen und geschrieben und gehört. Das ist natürlich ein Vorteil, das ist klar. Es ist eine andere Sache, als ob man irgendwann einmal einen Beschluss fasst, dass ab 1980 oder ab 2018 das System verändert wird. Das System in Luxemburg ist uns in Fleisch und Blut übergegangen.

Mein zweiter Punkt ist der Kontext. Ich habe aufgepasst, seit ich heute Morgen die deutsche Grenze überschritten habe. Bis nach Mainz war das erste französische Wort, das ich gesehen habe, in der Hauptgeschäftsstraße das Wort Parfümerie, noch geschrieben mit einem Trema auf dem U und hinten mit einem langen I.

Ich habe in die Zeitung von gestern hineingeschaut, irgendeine Seite, es ist auch egal, welche Zeitung es ist, auf der Seite finden Sie die drei Sprachen zugleich, und auf der Rückseite natürlich, wie es sich für Luxemburg gehört, die Börse. Aber die Dreisprachigkeit ist omnipräsent. Will ich überleben in Luxemburg, brauche ich zumindest Luxemburgisch und Französisch. Ohne Deutsch kann ich überleben, aber ohne mindestens zwei Sprachen kann ich nicht überleben. Der Kontext ist ganz klar mehrsprachig, und man ist auch gewillt als Schülerin oder Schüler, sich dem zu ergeben und beide Sprachen oder die drei Sprachen zu lernen.

Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen, dass auch das Deutsche für uns eigentlich eine Fremdsprache ist. Ich würde sogar sagen, dass das Französische für uns eher als Zweitsprache gilt als das Deutsche. Das Luxemburgische ist natürlich sehr nahe am Deutschen, aber ich muss hier höllisch aufpassen, dass ich keine Fehler begehe; denn die Indifferenzen sind sehr schnell da.

Darüber hinaus möchte ich sagen, in Luxemburg ist nicht alles Gold, was glänzt. Sie wissen vielleicht, wir sind nicht gerade Spitzenreiter bei der PISA-Studie. Ich glaube, wir liegen kurz vor Guatemala, aber wir schlagen noch Brasilien und Mexiko, sodass wir die Weltmeister überholen. Aber es ist schon dramatisch, dass aufgrund der Sprachensituation in den Schulen die Anzahl der Sitzenbleiber in unseren Schulen enorm hoch ist. Sie können davon ausgehen, dass am Ende der Grundschule jedes vierte Kind ein Jahr älter ist als das Regelalter. Das finden wir dramatisch, und daran müssen wir arbeiten. Ich weiß auch, dass die Eltern in der Grenzregion das wissen, weil bei uns alle Sprachen auch Promotionsfach sind, dass die Eltern sehr schwer daran kauen.

Zweitens: Wir sind nicht gerade Weltmeister in den Naturwissenschaften, und wir sind auch nicht sehr stark in der Berufsausbildung. Das ist eine Folge der Tatsache, dass wir unglaublich viele Wochenstunden dem Sprachenunterricht widmen. – Dies nur als kleine Warnung.

Ich möchte aber meinen Vortrag optimistisch beenden. Wenn ich mir erlauben darf, Ihnen ein paar Vorschläge zu machen, so denke ich, Frühförderung ist sehr wichtig. Frühförderung ist extrem wichtig; denn je eher man beim Kind die Weichen stellt, desto besser geht es, und es bewirkt auch eine andere Haltung und ein anderes Denken. Die Language Awareness scheint mir eine sehr wichtige Piste zu sein. Natürlich geht es Ihnen um Französisch; aber wir stellen uns natürlich auch noch die Frage über die anderen Sprachen, die in der Schule und in der Gesellschaft präsent sind. Ich weiß nicht, ob ich jemandem zu Nahe trete, aber in Ihrer Gesellschaft hier sind noch andere Sprachen präsent, die auch noch in der Schule zu finden sind. Das würde den Schülern auch helfen, wenn sie irgendwie respektiert oder hervorgehoben würden. Wir sind auf der Piste, bei uns kommen die meisten Immigranten aus Portugal, sodass wir uns auch um die Portugiesischkenntnisse der Schüler kümmern und auch die Wertschätzung dieser Sprache hervorheben.

Ich möchte eine zweite Bemerkung über die Wertschätzung der Mehrsprachigkeit in der Gesellschaft überhaupt machen. Ich glaube, dass Ihnen das helfen würde, und ich denke, der Blick nach Baden-Württemberg ist einfacher als der nach Luxemburg.

Etwas fehlt mir bei der ganzen Überlegung, das ist der ökonomische Faktor. Ich finde es richtig, dass man vom kulturellen Faktor spricht, das ist sehr schön. Aber dass Mehrsprachigkeit ein ökonomischer Vorteil ist, scheint, glaube ich, kaum jemand zu wissen. Ich denke immer an den Mauerfall. Sie haben

21. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2018
– Öffentliche Sitzung –

in Deutschland mit einem Schlag so viele Russisch sprechende Leute übernommen, das ist doch ein ökonomischer Faktor gewesen. Für uns Luxemburger kam es sehr seltsam rüber, dass man das nicht Wertschätzt, dass Leute Russisch sprechen können. Ich habe gestern oder vorgestern Frau Merkel mit Herrn Putin gesehen ohne Übersetzer. Das ist doch enorm.

(Abg. Seekatz: Putin spricht auch gut Deutsch!)

Putin spricht auch gut Deutsch, und ich weiß auch, weshalb.

Mein dritter Punkt ist, selbstverständlich stehen wir als Luxemburger im Bereich der Forschung in Sachen Zweit- und Fremdsprachendidaktik zur Verfügung. Ich denke, dass wir da noch sehr viel tun müssen. Man kann sich nicht auf die bloßen Möglichkeiten beschränken, natürlich braucht man auch die entsprechende Lehrerschaft.

Bilinguale Ansätze scheinen mir sehr angebracht in Ihrem Kontext. Was mir aber noch am Herzen liegt, ich glaube, man muss entscheiden, welches Sprachenniveau man anpeilt, entweder wirklich nur eine Awareness oder ein hohes Sprachenniveau. Ich glaube, ein Niveau dazwischen ist nicht möglich; denn ohne Schriftlichkeit bleibt nichts hängen. Schlussendlich glaube ich, dass es förderlich sein würde, wenn man die jungen Leute, die studieren oder in der Berufsausbildung sind, quer durch Europa herumschicken würde.

Ich danke Ihnen.

Herr Vors. Abg. Hartenfels: Vielen Dank, Herr Reding. Ich glaube, Sie haben mit Ihren Ausführungen dem Ausschuss einiges zum Kauen mitgegeben. Ich fand es schon jetzt sehr anregend.

Nächster Anzuhörender ist Herr Werner Schreiner, dem ich nun das Wort erteile.

**Herr Werner Schreiner,
Beauftragter der Ministerpräsidentin für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz**

Herr Schreiner: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema ist ein wenig breiter als bisher angelegt. – Die Zukunft Europas gestalten, Europa im Leben der Menschen erfahrbar machen, und die Sprache des Nachbarn lernen – das sind nun drei ganz unterschiedliche Felder. Wir haben bisher sehr intensiv das Feld der Schule beackert, bei den anderen Feldern ist es normalerweise so, dass man einfach politisch sagt, es muss mehr Geld her, und dann geht es. – Das ist aber leider nicht so.

Wir haben Grundlagenverträge von Adenauer, de Gaulle, Mitterrand und Kohl, die eine Richtung vorgeben haben. Aber auf der Grundlage dieser Verträge müssen wir Arbeiten. Wir haben einen veralteten Elysée-Vertrag. Man könnte auch sagen: Où est le problème?

Wenn alles so einfach wäre, wäre es natürlich ganz toll. Aber das Projekt Europa ist wesentlich komplizierter; denn es geht nicht nur um zivilrechtliche und staatsrechtliche Fragen, es handelt sich im Wesentlichen auch um ein zwischenmenschliches Problem, und zwischenmenschliche Probleme sind mit rechtlichen Fragestellungen sehr schwer zu lösen.

Wenn ich eine Zukunftsperspektive aufzeigen will und mit meinem Nachbarn sprechen will, brauche ich Geduld. Dann muss ich zuhören, dann muss ich versuchen, mich in seine Welt zu versetzen und zu verstehen, warum er so und so argumentiert. Es gibt durchaus Gebiete – dazu zählt Luxemburg und auch das Elsass –, in denen die deutsche Sprache nach den katastrophalen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs mit negativen Entwicklungen und Vorkommnissen belegt war. Das muss man sehen, und das spielt auch heute noch eine Rolle.

Wir sind also an dem Punkt, wo wir solide Aufbauarbeit leisten müssen, um zukunftsfähige Lösungen zu finden. Es gibt nur eine funktionierende grenzüberschreitende Zusammenarbeit, es gibt keine nach der politischen Farbenlehre. Das ist ähnlich wie im ÖPNV: Es gibt keinen schwarzen, keinen roten, keinen grünen und blauen ÖPNV, es gibt nur einen, der funktioniert. Das heißt, ich muss mit den Partnern, die auf der anderen Seite sind, zusammenarbeiten und mit ihnen die Lösungen suchen.

Ich habe rund 40 Jahre lang im grenzüberschreitenden Geschäft „gearbeitet“. Ich habe viele Erfolgsmeldungen gelesen. Ich habe vor Kurzem einmal zu Hause aufgeräumt. Also, wir sind immer noch an den Problemen von 1980, 1982, 1983; daran hat sich relativ wenig verbessert. Immerhin, man hat damals miteinander gesprochen und hat dann eine Erfolgsmeldung verkündet, aber das kann es nicht sein. Wir stoßen auf neue Hürden, wir stoßen auf bekannte Hürden, und wir haben eine permanente Veränderung der Rahmenbedingungen durch die Digitalisierung, auch darüber muss man sich ganz klar sein.

Ich habe sehr lange im „Transportsektor“ in internationalen Gremien gearbeitet. Auch dort hat man sehr schnell gesehen, im sprachlichen Bereich hat sich eine Verschiebung ergeben. Deutsch und Französisch wurden immer häufiger durch Englisch ersetzt. Der Grund: Seit einigen Jahren geht auch im Bereich der Hochschulen der Anteil der Sprachkundigen zurück. Sie können heute Abitur machen mit einer Sprache im Grundfach. Eine längerfristige Beschäftigung mit einer zweiten Sprache ist zwar Teil der Ausbildung, wird aber nicht so intensiv betrieben, wie es eigentlich sein müsste. Die Schüler wollen sich natürlich oft auch nicht den zusätzlichen Belastungen aussetzen. Die Lehrer, die die Zweitsprache unterrichten, machen es manchmal auch nicht so ganz gern. – Ich komme aus diesem Beruf, ich kann es einigermaßen einschätzen.

Die breite Bildung ist einfach auch nicht mehr das Ziel. Man hat eine sehr spezielle, differenzierte Bildung, und es gibt natürlich Wünsche der Wirtschaft, in welche Richtung Sprachkenntnisse gehen sollen. Das hat besonders die Franzosen mit dem Spanisch in sehr große Schwierigkeiten gebracht; sie haben nämlich zuerst einmal das Deutsche zurückgefahren und Spanisch als zweite Fremdsprache genommen und haben dann festgestellt, dass es aber mit Spanisch in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz keine Arbeitsplätze gibt. – Nun muss das ganze System wieder umgestellt werden.

Seit etwa 2010 haben sich auch in den grenzüberschreitenden Arbeitsgruppen die Verhältnisse verändert. Das heißt, wenn es früher ein Problem gab, hat man nicht weiter diskutiert. Heute diskutiert man weiter darüber und sucht eine Lösung. Man sucht eine Lösung unter dem Themenfeld: „Die Zukunft Europas gestalten – Europa erfahrbar machen – die Sprache des Nachbarn lernen“.

Alle, die auf diesem Sektor arbeiten, haben ein Problem: Von diesen Anstrengungen wird kaum öffentlich Notiz genommen. Die Bürgerinnen und Bürger erfahren nur wenig von dem, was bei unseren Nachbarn, z. B. in der neuen Région Grand Est, in Luxemburg oder in der deutschsprachigen belgischen Gemeinschaft passiert. In den Medien finden diese Aktivitäten auf beiden Seiten der früheren Grenze kaum Niederschlag, das hat auch etwas mit wirtschaftlichen Bedingungen zu tun. Die Redakteure haben mir das ganz einfach erklärt: Wir verkaufen keine Zeitung mehr, wenn wir etwas aus dem Elsass berichten oder aus Luxemburg. Das ist einfach eine Frage der Wirtschaftlichkeit. Chefredakteure haben zu mir gesagt: Seit die Nachbarzeitungen zu Fonds gehören, gibt es keine gemeinsamen Redaktionsbesprechungen mehr. Das wird nicht mehr gebraucht.

Also, es besteht ein Problem der Wahrnehmung schon bei uns, für Kinder, die wir motivieren wollen, dass sie irgendetwas tun, oder für Leute, die wir motivieren wollen, dass sie sich mit dem Nachbarn beschäftigen. Sie wissen dort gar nicht, was los ist. Rundfunk und Fernsehen sind darauf auch nicht eingestellt, es sei denn, wenn, so wie gestern, ein Silo in Straßburg explodiert, dann ist es berichtenswert; aber ansonsten werden diese Themen kaum behandelt. Das sind die Rahmenbedingungen.

Wir haben in dem Antrag auch gelesen, es bestünden Probleme mit der Großregion und das neue Grand Est. Wir machen viele Dinge gemeinsam, aber wir haben nach den INTERREG-Regularien getrennte Gebietskulissen aus der Förderung. In dem einen Bereich haben wir die Schweiz dabei, fünf Schweizer Kantone, das ist eine andere Situation als im Bereich der Großregion, wo wir Luxemburg, das Saarland, Lothringen, nun als Beobachter Champagne-Ardennes oder Ardennes haben werden, dazu die Wallonie, sowohl den französischsprachigen als auch den deutschsprachigen Teil. Also, dort stellt sich die Situation völlig anders dar als am Oberrhein, wo wir Entwicklungsmäßig sehr viel weiter sind und wo wir mit Baden-Württemberg sehr gut kooperieren.

Wir haben aber gerade nach der Schaffung der Région Grand Est festgestellt, dass sich die Kooperation wesentlich ausgeweitet hat. Die Région Grand Est erstellt im Moment z. B. ihren SRADDT, das ist das, was wir einen Raumordnungsplan nennen, mit einer Menge Festlegungen, und wir werden eingeladen zu allen Sitzungen. Wir können teilnehmen, wir können unsere Anregungen einbringen. Es gibt Extrasitzungen für den grenzüberschreitenden Bereich. Also, diese Sache hat sich wesentlich verändert, und sie geht in wesentlich mehr Bereichen auf zwischenstaatliche Kooperationen ein, als dies vorher der Fall war. Insofern ist es auch nicht ganz richtig dargestellt, wenn man von einem routinemäßigen Nebeneinander spricht. Das ist nämlich nicht so. Wir haben kein routinemäßiges Nebeneinander, sondern wir haben eine Menge Anforderungen, und aufgrund dieser verbesserten Zusammenarbeit stellt sich die Frage nach der Mobilität. Die Mobilität im grenzüberschreitenden Bereich – beispielsweise Luxemburg, wo wir viele Arbeitnehmer haben –, die Mobilität am Oberrhein, wo wir kämpfen, – – –

Wir haben einen Rheinübergang in Kehl. Herr Kretschmann hat freundlicherweise aus dem Mund von Herrn Macron zugestimmt, dass die weitere Rheinbrücke in Colmar untersucht wird. Alles das brauchen wir, wenn wir junge Leute gewinnen möchten, die über den Rhein gehen. Dann müssen sie aber erst einmal eine Möglichkeit haben, dort hinzufahren. Nicht jeder hat gleich ein Auto, um sich über die Grenze zu bewegen. Das ist also eine Frage, die sich stellt. Frankreich ist im Moment noch en marche, wie der Präsident sagt. Sie versuchen, die europäischen Ausschreibungen auf den Weg zu bringen. Die SNCF hat sich inzwischen wieder beruhigt, und wir werden nächste Woche in Paris auf einem großen Kongress über Transport publique, aber dann auch über Tendering und Appel d'offre sprechen, um die Dinge gemeinsam grenzüberschreitend mit Baden-Württemberg, mit dem Saarland und mit Rheinland-Pfalz weiter voranzubringen.

Ich möchte noch einen kleinen Blick auf die Schulen richten. Natürlich gibt es das Projekt, die Sprache des Nachbarn zu lernen, noch immer; aber dies ist eine Sache auch kommunalen Engagements. Das Land gibt 60 % dazu, die Kommunen müssen es aber auch wollen.

Wir haben in Rheinland-Pfalz nicht so eine lange Grenze wie das Land Baden-Württemberg zu den Nachbarn, aber wir haben immerhin 166 rheinland-pfälzische Kindergärten, die an diesem Programm

21. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2018
– Öffentliche Sitzung –

teilnehmen. 2017 waren es bereits 186 Kindertagesstätten, davon allein 80 aus dem Bereich der Pfalz, also aus dem südlichen Bereich. Wir haben Schulen, wir haben einen deutsch-französischen Kindergarten in Liederschied, aber was man vor allem für diese Dinge braucht ist Personal.

Als ich 2014 meine Tätigkeit in der Staatskanzlei aufgenommen habe, wurde ich bei meinen ersten Besuchen in Frankreich gefragt: Haben Sie Lehrer dabei? – Wir haben keine Lehrer, die Deutsch unterrichten können.

Dann habe ich den Bürgermeister Groß in Metz besucht. Er heißt zwar Groß, aber er kann nicht Deutsch sprechen. Er spricht nur Französisch. Er hat gesagt: Herr Schreiner, haben Sie Erzieher dabei? – Ich würde gern die Hälfte meiner Kindertagesstätten mit deutschen Erziehern umstellen, damit die Kinder Deutsch sprechen.

Wir haben uns vom Land Rheinland-Pfalz bemüht. Wir haben einen Vertrag gemacht mit dem Rektorat in Straßburg, und wir hätten gern Lehrer abgegeben. Wir hatten sogar zehn Leute, die bereit waren, zwei Jahre nach Frankreich zu gehen, um dann auch bei uns schneller voranzukommen; sie haben aber alle Planstellen bekommen.

In der nächsten Woche fahre ich wieder nach Frankreich und versuche, auch für Gymnasiallehrer diese Chance zu eröffnen. Die neue Rektorin aus Nancy hat mir das signalisiert, und auch das Rektorat in Straßburg gibt es noch. Die neue Rektorin aus Nancy hat signalisiert, dass wir auch dort gemeinsam eine Lösung finden werden; denn sie brauchen Personal.

Aber uns geht es auf der deutschen Seite ähnlich. Auch wir sind knapp an Personal.

Herr Vors. Abg. Hartenfels: Herr Schreiner, bitte kommen Sie langsam zum Ende.

Herr Schreiner: Ich komme gleich zum Ende. Aber wenn Sie drei Themen abfragen, wollte ich Ihnen wenigstens einen kurzen Überblick geben, damit Sie dazu auch etwas erfahren haben.

Auch wir werden also Lehrer suchen, und es hängt vom Engagement des Einzelnen ab, das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen. Darüber hinaus gibt es eine Menge Programme, die wir gemeinsam mit Baden-Württemberg durchführen, beispielsweise „Sesam öffne dich!“, „Erfolg ohne Grenzen“. Wir haben einen guten Ansatz, und es gibt auch gemeinsame Ausbildungsmessen.

Zum Schluss wollte ich Ihnen noch sagen, wir haben am 4. Juni einen Vertrag mit der Deutsch-Französischen Handelskammer abgeschlossen, die es uns ermöglicht, Azubis in diesem Zusammenhang frankreich- oder deutschlandtauglich zu machen, je nachdem, wo die jungen Menschen arbeiten möchten. Der Vertrag wurde am 4. Juni unterschrieben, und ich denke, dies ist eine gute Perspektive für die Schüler im Land Rheinland-Pfalz.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, und ich bitte um Verständnis, dass ich meine Zeit leicht überzogen habe.

Herr Vors. Abg. Hartenfels: Vielen Dank, Herr Schreiner. Es ist alles noch im Rahmen, zumal Herr Volker Staudt, den wir zu der Anhörung eingeladen hatten, nicht erschienen ist, sodass wir einen Anzuhörenden weniger haben. Deswegen kommen wir nun direkt zu Frau Corinne Waldkirch, der ich nun das Wort erteile.

**Frau Corinne Waldkirch,
Max-Slevogt-Gymnasium Landau**

Frau Waldkirch: Als Fachberaterin für Französisch im Bezirk Rheinhessen und für bilingualen Sachfachunterricht in Rheinland-Pfalz möchte ich Ihnen von meinen Erfahrungen im Fach Französisch und im bilingualen Bereich berichten. Es ist mir in den letzten Jahren aufgefallen, dass Französisch in der Oberstufe von immer mehr Schülern abgewählt wird. Ich sehe dafür vor allem folgende Gründe: Frankreich ist für die Schüler nichts Besonderes mehr. Französisch hat außerdem den Ruf, schwerer zu sein als andere in der Schule erlernbare Fremdsprachen. Ein großes Problem sehe ich darin, dass sich die schwierigsten Grammatikkapitel des Französischen in den Lehrwerken auf die Klassenstufen 9 und 10 konzentrieren. Dies schreckt viele ab und bewirkt, dass sich selbst gute Schüler gegen Französisch in der Oberstufe entscheiden.

Erschwerend kommt hinzu, dass seit 2007 ausgerechnet in dieser Lernphase die Wochenstundenzahl von vier auf drei gekürzt wurde. Dadurch vergessen die Schüler zum einen wichtige bereits erlernte Strukturen und haben zum anderen weniger Zeit, den schwierigen neuen Stoff zu verarbeiten. Dies führt zu Verunsicherung und Demotivation.

Ich sehe folgende Möglichkeiten, dem entgegenzuwirken: Fahrten nach Frankreich, und dies am besten schon ab dem ersten Lernjahr; denn gerade in diesem Alter kann man die Kinder erfahrungsgemäß noch leichter begeistern als zu einem späteren Zeitpunkt. Ab dem dritten Lernjahr sollten unbedingt regelmäßige Begegnungen mit gleichaltrigen Franzosen stattfinden, und dies am besten in Kombination mit der Arbeit an einem gemeinsamen Projekt in binationalen Gruppen. Man muss zudem versuchen, die Schüler mit konkreten Argumenten vom Französischlernen zu überzeugen, wie z. B., dass man im heutigen Europa auf Mehrsprachigkeit setzt. Das heißt, Englisch als einzige Fremdsprache reicht nicht mehr aus.

Es wäre zu überlegen, wie man die grammatischen Inhalte besser auf die verschiedenen Jahrgänge verteilen könnte. Eine Wiederaufstockung von drei auf vier Wochenstunden in den Klassenstufen 9 und 10 wäre in meinen Augen eine gute Maßnahme, um den Schwund in der Oberstufe aufzuhalten. Sehr positiv würde sich auch der Ausbau der bilingualen Züge auswirken. Hierbei werden die Fächer Erdkunde und Geschichte in französischer Sprache erteilt. Da es mehr Zeit in Anspruch nimmt, den Stoff in einer Fremdsprache zu vermitteln, haben die Schüler grundsätzlich eine Wochenstunde mehr Erdkunde oder Geschichtsunterricht als die nicht bilingual unterrichteten Schüler. In der Mittelstufe wird diese Zusatzstunde in der Regel auf Deutsch gehalten, um sicherzugehen, dass der Stoff auch verstanden wurde. In der Oberstufe findet der Unterricht in allen drei Gesellschaftswissenschaften – das heißt, Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde – komplett auf Französisch statt.

Eine Besonderheit sind die sogenannten AbiBac-Züge, bei denen man zeitgleich zum deutschen Abitur auch das französische Abitur erwerben kann. Im Gegensatz zu den bilingualen Zügen müssen die AbiBac-Schüler zusätzlich eine schriftliche Prüfung in einem der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer auf Französisch ablegen sowie eine mündliche Prüfung im Fach Französisch, die von einem französischen Prüfer abgenommen wird.

Ich persönlich bin ein absoluter Befürworter des bilingualen Unterrichts, und dies aus folgenden Gründen: Im bilingualen Sachfachunterricht wird nur der Inhalt bewertet und nicht, wie im Französischunterricht, auch die sprachliche Korrektheit. Vergleichbar mit Eltern, die ihrem Kind die Muttersprache vermitteln, konzentriert man sich als Lehrkraft ganz auf den Inhalt einer auf Französisch formulierten Schüleräußerung zu einem konkreten Sachverhalt und wiederholt diese anschließend in einem korrekten Französisch. Die Konzentration auf den Inhalt hat zur Folge, dass in den Überprüfungen sprachliche Fehler nur dann zu einem Punktabzug führen, wenn sie das Verständnis beeinträchtigen.

Ich habe immer wieder erlebt, dass dadurch die Schüler im bilingualen Unterricht wesentlich weniger Hemmungen haben, sich auf Französisch zu äußern als im normalen Französischunterricht. Sie verfügen schon recht bald über einen differenzierteren Wortschatz als die nicht bilingual unterrichteten Schüler. Gute AbiBac-Absolventen erreichen nach dem europäischen Referenzrahmen C1-Niveau statt nur B2, das angestrebte Niveau in einem normalen Französisch-Leistungskurs. Das heißt, solche Schüler sind am Ende ihrer schulischen Laufbahn in der Lage, schriftlich und mündlich auf hohem Niveau flüssig zu kommunizieren und sich zu komplexen Themen zu äußern.

21. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2018
– Öffentliche Sitzung –

Durch zahlreiche Aufenthalte im Land, was in den bilingualen und in den AbiBac-Zügen besonders gefördert wird, verfügen diese Schüler oftmals auch über mehr interkulturelle Kompetenz.

Ich möchte nun zu der Frage übergehen, wo ich noch Handlungsbedarf sehe. Es müsste eine bessere Abstimmung zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen in methodischen und fachdidaktischen Fragen geben. Die Ausbildung der Grundschullehrer in den Fremdsprachen müsste verbessert werden. Es ist z. B. ärgerlich, wenn den Schülern in der Grundschule eine falsche Aussprache beigebracht wird. Dies lässt sich nur mit sehr viel Mühe in den weiterführenden Schulen wieder ausmerzen.

Ich komme zurück zu den bilingualen Zügen. Es wäre schön, wenn es mehr davon in den Grundschulen und weiterführenden Schulen gäbe. Grundsätzlich wären auch höhere Stundenzuweisungen für den bilingualen Unterricht sehr begrüßenswert. So ist es z. B. höchst bedauerlich, wenn Schulen mit zwei vollen bilingualen Klassen in der Jahrgangsstufe 7 nach drei Jahren gesagt bekommen, dass sie nur noch eine bilinguale Klasse weiterführen dürfen, weil man nicht die nötigen Stunden dafür habe. Lehramtsstudenten mit dem Fach Französisch sollten unbedingt eine längere Zeit im französischsprachigen Ausland verbringen. Ich sage immer, mindestens sechs Monate und nicht nur drei, wie es im Moment Pflicht ist.

Fachleiter berichten mir außerdem, dass auch im Rahmen des Referendariats immer weniger die Möglichkeit nutzen, an einer französischen Schule ein Praktikum zu absolvieren. Ein wichtiger Grund dafür ist mit Sicherheit die Kürzung des Referendariats auf 18 Monate. Ich kann aus eigener Erfahrung nur sagen, um einen Französisch-Leistungskurs oder ein Sachfach auf Französisch zu unterrichten, sind exzellente Sprachkenntnisse unabdingbar, und die eignet man sich am besten im Land an.

Deutsche und französische Schulbuchverlage müssten bei der Herausgabe bilingualer Lehrwerke finanziell unterstützt werden. Ich möchte ihnen ein Beispiel nennen: Zwischen 2006 und 2011 haben die Verlage Klett und Nathan ein gemeinsames deutsch-französisches Gesichtsbuch in drei Bänden herausgegeben. Die Erarbeitung wurde aus öffentlichen Geldern finanziert und ihr Erscheinen damals politisch gefeiert. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass das Werk aufgrund seiner deutschen und französischen Perspektive für den bilingualen Sachfachunterricht ideal ist.

Letztes Jahr hat der Klett-Verlag nun die Produktion eingestellt mit der Begründung, dass der Markt zu klein sei. Es wäre also nötig, dieses viel gelobte Projekt, das mit öffentlichen Geldern geschaffen wurde, auch mit öffentlichen Mitteln weiterzuentwickeln und zu erhalten.

Die Universitäten mit integrierten Studiengängen müssten viel mehr Werbung in den bilingualen Schulen machen. So könnten z. B. Studenten aus den genannten Studiengängen Schülern ab der Klassenstufe 10 von ihren Erfahrungen im Studium berichten. Nur Flyer an die entsprechenden Schulen zu verschicken, reicht als Werbemaßnahme nicht aus.

Unternehmen mit engen Kontakten zum Partnerland müssten über die bilingualen bzw. AbiBac-Züge besser informiert werden; denn oftmals wissen diese gar nichts von deren Existenz. Es wäre für bilinguale bzw. AbiBac-Schüler äußerst motivierend, wenn mehr französische Betriebe z. B. in den Grenzregionen oder den Regionen der Partnerschulen bereit wären, deutsche Schüler der Jahrgangsstufe 11 für ihr zweiwöchiges Betriebspraktikum in ihrem Unternehmen aufzunehmen.

Ganz besonders wichtig erscheint mir aber eine bessere Anerkennung des AbiBac durch die Universitäten. Da die AbiBac-Absolventen oft hart umkämpfte Studiengänge, wie z. B. Medizin, anstreben und mit dem AbiBac freiwillig neun Schuljahre lang mehr Arbeit auf sich genommen haben als viele andere Schüler, wäre ein Bonus bei der Vergabe von Studienplätzen eine Anerkennung ihrer zusätzlichen Mühe.

Äußerst motivierend wäre auch eine Anerkennung der freiwilligen Mehrarbeit der AbiBac-Absolventen durch die Politik. Hier wären sie gefragt, meine Damen und Herren. So könnten z. B. AbiBac-Absolventen eine öffentlichkeitswirksame Einladung in den Landtag erhalten und hier ihr AbiBac-Zeugnis überreicht bekommen, oder deutsche bzw. französische Politiker könnten den AbiBac-Absolventen oder, besser gesagt, den AbiBac-Schulen einen Besuch abstatten.

21. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2018
– Öffentliche Sitzung –

Herr Vors. Abg. Hartenfels: Frau Waldkirch, vielen Dank, auch für die vielen weiterführenden Hinweise, die Sie uns mitgegeben haben. Darüber freue ich mich sehr.

Wir kommen jetzt zum nächsten Anzuhörenden, Herrn Dr. Frings, Leiter der Mainzer Studienstufe (MSS) vom Gutenberg-Gymnasium Mainz. Herr Frings, da Sie ein bisschen zu spät gekommen sind, auch für Sie der Hinweis, wir haben etwa zehn Minuten angesetzt. Schauen Sie einfach, dass Sie so etwa im Zeitrahmen bleiben. Sie haben das Wort.

**Herr Dr. Michael Frings,
Leiter der Mainzer Studienstufe (MSS), Gutenberg-Gymnasium Mainz**

Herr Dr. Frings: Schönen guten Tag, vielen Dank für die Einladung. Wie Sie vielleicht lesen können, habe ich meinen kurzen Vortrag in drei Teile gegliedert.

(Herr Dr. Frings unterstützt seinen Vortrag mithilfe einer PowerPoint-Präsentation.)

Ich würde Ihnen mit Blick auf die Französisch-Biografie ganz gern etwas zu mir sagen. Ich würde konkret auf den Antrag der CDU-Fraktion eingehen und Ihnen danach einige empirische Daten aus drei Mini-umfragen bei Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften präsentieren, da ich gedacht habe, es macht auch Sinn, wirklich einmal bis an die Basis herunterzugehen und nicht nur, dass wir uns überlegen, was Schülerinnen und Schüler denken könnte.

Zu meiner Person: Ich spreche zu Ihnen als Französischlehrer, als ehemaliger Fachkonferenzleiter Französisch, ehemaliger Austauschleiter. Aktuell mit der Funktion MSS-Leiter bin ich natürlich auch mit den Übergängen, die Abwahlen Klasse 10, die Frau Waldkirch angesprochen hat, Einrichtung von kleinen Leistungskursen betraut und habe zusätzlich auch versucht, die Perspektive zu integrieren, die ich als Referent für das Zentrum für Schulleitung und Personalführung habe, nämlich die Aufgaben, wie Schulleitung diese ganze Prozesse steuern kann.

Zudem spreche ich zu Ihnen auch als Mitherausgeber von Publikationsorganen. In den letzten zwölf Jahren haben wir knapp 100 Bücher zur Französisch-Didaktik auf den Markt gebracht, sodass ich auch hier versuche, da wo möglich, Einblicke, die ich habe, mit einfließen zu lassen.

Meine eigenen Fremdsprachenfolgen waren Englisch, Latein und Französisch als freiwillige dritte Fremdsprache, sodass Sie hier auch sehen, dass es nicht zwangsweise nötig ist, im Kindergarten Französisch zu lernen, um nachher eine Passion zu entwickeln. Geprägt hatte mich vor allem der Schüleraustausch, wo ich seit der 10. Klasse an permanent mit der Region Champagne in Kontakt war. Da wollte ich mich zunächst gar nicht anmelden, hatte den Zettel zerknüllt, wie unsere Schüler das auch oft machen, und wurde aber von meinen Französischlehrer gelöchert und gelöchert, bis ich mich dann doch angemeldet hatte, letztendlich dann jedes Jahr teilnehmen konnte aufgrund des Austauschkonzeptes der Schule in Lahnstein damals und insgesamt viermal als Schüler in Frankreich war und insgesamt mit den Gegenbesuchen acht Begegnungen hatte. Darauf komme ich nachher noch einmal zu sprechen.

Es war dann ein Problem, mit Französisch als dritter Fremdsprache den Leistungskurs zu belegen, weil irgendeine Verwaltungsvorschrift damals existierte, dass das nicht ginge, wenn man Französisch als dritte Fremdsprache gelernt hätte, egal, wie hoch das Niveau ist. Das heißt, ich habe als Schüler und damals Halbweise schon kämpfen gelernt über MSS-Leitung, Schulleitung, Bezirksregierung damals bis hin dann zum Ministerpräsidenten, der es ans Bildungsministerium delegiert hatte, und Frau Mathea eine Ausnahmegenehmigung erteilt hat, dass ich das belegen dürfe.

Das sage ich Ihnen vor dem Hintergrund, dass ich also schon in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer wieder erfahren habe, wenn es Interessen und Bedürfnisse gibt in Rheinland-Pfalz, dann schaut die Politik da sehr wohlwollend drauf und versucht, auch individuelle Lösungen zu finden.

Ich habe selbst eine Facharbeit zur Champagne geschrieben, was mich motiviert hat, Multiplikator zu werden von Facharbeiten, Facharbeiten zu betreuen, so auch in diesem Jahr. Die Staatsexamensarbeit als Stipendiat der Adenauer-Stiftung habe ich zu Adenauer/de Gaulle zum Élysée-Vertrag geschrieben und war natürlich so auch hoch begeistert, dass da jetzt eine Novellierung 2018 in die Gänge gesetzt wurde.

Ich habe Schüleraustausche gemacht mit 8. Klassen, mit pubertierenden Schülern und auch Sprachreisen nach Cannes mit Oberstufenschülern und kann das auch nur unterstreichen, was Frau Waldkirch sagte, dass diese Begegnungen, diese Erfahrungen mit dem Land, und nicht grammatikalische Phänomene das sind, was letztendlich wirklich prägt, das ist, was letztendlich eine Passion erfüllt. Das ist in meinen Augen eigentlich auch das, was wir flächendeckend fördern müssen.

21. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2018
– Öffentliche Sitzung –

Zum Antrag der CDU-Fraktion: Sie sehen in Kursiv immer wortwörtliche Übernahmen aus dem Antrag und in recte das, was ich mir dabei gedacht habe. Dass das deutsch-französische Tandem ein wichtiger Motor der europäischen Einigung ist, glaube ich, ist Konsens hier im Raum. Dass die Voraussetzung dafür das Erlernen der Sprache des Nachbarn ist, ist ebenso klar. Ich sehe darin nicht zwangsweise das sehr frühe Erlernen der Sprache als Voraussetzung, auch nicht das Vorziehen der zweiten Fremdsprache von Stufe 6 in 7. An jeden, der das fordert, hätte ich die Frage: Wo sind denn die qualitativen und quantitativen Studien, die das belegen, dass das am Ende im Leistungskurs einen Mehrwert bringt?

Dann steht im Antrag, dass hier doch ein größeres Engagement an den Tag gelegt werden muss. Da hatte sich mir bei der Lektüre die Frage gestellt: Von wem denn, von Politik, von ADD, von Schulleitung, von Französischlehrkräften? – Das finde ich da sehr vage.

Grenzüberschreitende Schule in Anlehnung an das Schengen-Lyzeum in Perl, das ist sicherlich ganz toll. Das wäre eine Schule, vielleicht auch ein politisch willkommenes Prestigeprojekt, aber kein wirklicher Motor für eine quantitativ relevante Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen.

Deutsch-französische Kooperation künftig noch näher an den alltäglichen Erfahrungswelten der Menschen ausrichten, das ist genau das, was mein Eindruck ist, was wir an der Basis machen, über die Basis mit Schüleraustauschen, Brieffreundschaften. Wir hatten letztens noch einmal Franzosen im Haus, die gar nicht mit uns im Austausch verbandelt sind, sondern wo eine Brieffreundschaft über Internet entstanden ist mit Fahrten etc.

Zur Sprachvermittlung von den Kindergärten über die Grundschule bis in die weiterführenden Schulen systematisch und durch einen detaillierten Lehrplan – ich habe es schon angedeutet – habe ich in der Tat Zweifel. Mir fehlen Untersuchungen. Mir fehlen hier Berichte von Kolleginnen und von Lernenden, dass das wirklich der Schlüssel sei.

Französisch als zweite Fremdsprache an rheinland-pfälzischen Schulen zu halten, ist in meinen Augen ein ganz zentraler Punkt im Bereich der deutsch-französischen Beziehungen, allerdings nach meinem Kenntnisstand auch in keiner Weise intendiert, daran etwas zu rütteln. Im Gegenteil, da sehe ich Rheinland-Pfalz so, dass das Französische enorm geschützt wird.

Ausbau der bilingualen Bildungsgänge Deutsch und Französisch: Das kann man tun. Ich bin gar nicht dagegen, aber die eigentliche breite Basis – und die breite Basis sind nun einmal die ganz normalen weiterführenden Schulen – würde das auch nicht massiv fördern.

Intensiver für die Sprache des Nachbarn werben, Schüleraustausche mit Frankreich stärken: Da stellt sich mir auch die Frage: Wie denn, wer denn? – Wenn die Verfasser so etwas schreiben, haben sie Schulen besucht, haben sie Schulen befragt, wissen die, was wir tun? Da sehe ich ganz viele Aktivitäten an der Basis.

Ja, der Kollege Schreiner hat es schon angesprochen: Damit aus dem routinemäßigen Nebeneinander der Grenzregion ein noch stärkeres Miteinander wird, gilt es, gerade im Bereich Bildung die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine noch engere grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu schaffen. Ich habe es rot gemacht, da habe ich mich echt geärgert, als ich es gelesen habe. Als routinemäßiges Nebeneinander kann ich das wirklich nicht wahrnehmen. Erforderliche Rahmenbedingungen sehe ich im Prinzip erfüllt. Ich sehe es so, dass das ein Spannungsfeld ist, dass Französischunterricht, Schüleraustausche, Sprachreisen eine Lobby in Schulleitungen brauchen.

Ein Mosaiksteinchen, das ich sehe, ist dass der Anteil der Französischlehrkräfte unter den Schulleiterinnen und Schulleitern z. B. im Vergleich zu den Mathematiklehrerinnen und -lehrern sehr klein ist. Es gibt Instrumentarien für Schulleitungen. Das sind AEF-Stunden, das sind besondere Entlastungsstunden, Wertschätzung, Unterstützung, Lob bei Initiativen, eine Präsenz bei solchen Sachen. Ich sehe das Hauptarbeitsfeld hier im Bereich der Schulleitung. Ich glaube, eine Anweisung über eine ADD in Schreiben über das Ministerium würde weder etwas an Haltung noch an Motivation ändern.

Für Schulleitungen – das will ich aber relativierend sagen – ist natürlich im Arbeitsfeld die deutsch-französische Beziehung nur ein Miniausschnitt zwischen Datenschutz, Heterogenität, Inklusion – ich erspare uns alle weiteren Arbeitsfelder –, sodass wir hier auch immer realistisch bleiben müssen.

Bei den Daten zu den drei kleinen Umfragen, die in drei Wünsche an die Bildungspolitik münden, habe ich Schülerinnen und Schüler befragt, die Spanisch als Leistungskurs belegt haben – eben nicht Französisch –, Zehntklässlerinnen und Zehntklässler, die Französisch abgewählt haben, sowie Französischlehrerinnen und Französischlehrer. Von denen, die Spanisch haben, hat niemand Französisch belegt, also nicht beides, leider nicht angehende Romanisten. Drei Viertel hatten Französisch als zweite Fremdsprache. Das heißt, da wäre auch die Chance gewesen, eine Begeisterung herbeizurufen. Aber nur für ein Viertel wäre Französisch wirklich eine Alternative gewesen.

Genannt wird, was die Vorteile des Spanischen sind. Es ist ein freiwilliges Fach. Man hatte eine größere Motivation, ein angenehmeres Lehrer-Schüler-Verhältnis. Spanisch hat nicht so die autoritären und langweiligen Französischlehrer. Das kann ich bestätigen. Ich hatte einmal als Lehrkraft eine dritte Fremdsprache Französisch. Wenn man weiß, dass Schüler am Ende des Halbjahres abwählen können, agiert man anders. Man möchte ja, dass die nicht abwählen. Dass sie in Spanisch einfach besser sind, dass Französisch in der Klasse 6 aufgezwungen wurde und man von jungem Alter hätte lernen müssen und dadurch jetzt die Grundlagen fehlen und man bei Spanisch einfach später anfangen konnte, kann ich als Schüler bestätigen. Englisch 5. Klasse, Latein ging schon besser, aber so die dritte Fremdsprache in der 9. Klasse, da war ich dann schon ein bisschen vernünftig.

Bei den Zehntklässlern ist es traurig – das ist ein weiterer Fokus, wo wir aus meiner Sicht viel mehr Energie hineingeben müssen –, nämlich 70 % der Zehntklässler haben Französisch abgewählt. Das heißt, die breite Masse geht uns nach der Klasse 10 verloren. Nur 30 % wollen es überhaupt weiterführen. Diese Zehntklässler, die Französisch abgewählt haben, haben gesagt, der Unterricht war uninteressant, sie haben keinen Wortschatz, sie hatten keinen Kontakt zur Sprache, seit Jahren kommt man nicht hinterher, schlechte Noten geschrieben, ich konnte nach drei Jahren immer noch keinen Satz auf Französisch machen, die meisten Französischlehrer sind ein bisschen komische Gestalten, nicht sprechen können, aber Hauptsache Grammatik perfekt und unnützes Wissen. Da müsste man vielleicht über Unterrichtsentwicklung sprechen.

Ein Schüler glaubt: Ich werde nie flüssig Französisch sprechen können. – Weitere Aussagen waren: Jemand, der sich nicht gut vorbereitet fühlt, weil der Lehrer andere Dinge machte, er hat die Vokabeln unterschätzt, der Lehrer, den er hatte, konnte sich nicht durchsetzen, nicht wirklich anständiger Unterricht, mehr auf die Schüler eingehen. – Also, die Schüler haben da schon, sage ich aus meiner Sicht, ein Arbeitsfeld auch wirklich benannt.

Was hätte man tun können, damit ihr nicht abgewählt hättet, war dann die zweite und letzte Frage. Sie sagen: Mehr Angebote, Fahrten, Austausch, mehr Ausflüge, die Motivation vom Lehrer aus, hart durchgreifen, das Problem sitzt am Anfang, wo wir noch zu jung waren, um das wirklich zu lernen. Mehr aktuelle Themen, YouTube, kompetente Lehrer wünschen wir uns alle. Mehr Französisch im Französischunterricht ist nach wie vor ein Thema. Ich habe meine Hauptseminararbeiten an der Uni Trier auf Deutsch geschrieben. Also, das ist eine Baustelle nach wie vor.

Die Lehrer sollten anders wechseln. Das ist eine schulinterne Sache. Wenn man bei den wenigen Stunden erst nach drei Jahren wechselt, dann liegen von den 17 Stunden, die ein Schüler in der Sekundarstufe I hat, elf in einer Hand. Wenn da die Chemie Lehrer/Schüler nicht stimmt bei 11/17, dann ist das Kind in den Brunnen gefallen. Mehr Französischunterricht in der Woche hat auch die Kollegin schon angesprochen. Mit drei Stunden Sprachunterricht in den Klassen 8, 9 und 10 ist kein sinnvolles Arbeiten möglich.

Bei den Französischlehrerinnen und Französischlehrern habe ich gefragt: Finden sie die Rahmenbedingungen, die das Ministerium bzw. die ADD bieten, insgesamt in Ordnung? – Da sagen 88 % eher ja. Auch das bestärkt meine These, die Baustelle liegt nicht zwangsläufig im politischen Bereich, Ministerium, ADD, was das Gymnasium betrifft. Ich schränke das natürlich auf meinen Bereich ein.

Wenn ich nach den Rahmenbedingungen in der Schule vor Ort gefragt habe, die Schulleitung auch mitgestaltet, dann sind 63 % eher nicht zufrieden, also da auch eher ein Beleg dafür, da ist die Baustelle. Als ich gefragt habe, ob die Lehrkräfte dafür sind, Französisch als zweite Fremdsprache wieder erst ab Stufe 7 beginnen zu lassen, dann sind da 50 % klar dafür, insgesamt 62 % eher ja. Ich habe natürlich auch geschaut, wer mir die Bögen gegeben hat. Die, die eher nein sagen, haben das andere gar nicht

erlebt. Die denken, das war immer so. Das heißt also, von denen, die das erlebt haben, sind im Prinzip quasi 100 % dafür, dass der Beginn von Französisch wieder in die 7. Klasse zurückverlegt wird.

Die Französischlehrkräfte wünschen sich kleinere Lerngruppen, Unterstützung von Fahrten, Wertschätzung. Sie wünschen sich ein Fahrtenkonzept, das günstig ist für die Arbeit, den Vorzug der zweiten Fremdsprache, überdenken Lerninhalte zu reduzieren, wahrscheinlich über den Lehrplan möglich, Erhöhung des Stundenkontingents, Präsenz der Schulleitung, Entlastungsstunden, veränderte Notengebung, Kommunikation mit anderen Schwerpunkten, Kontakte zu Muttersprachlern fördern, Ausstellungen, Aktivitäten in der Schule sichtbar machen, das Fach wirklich präsenter zu machen im Alltag, weniger heterogene Lerngruppen – hier hat natürlich die Abschaffung der Hauptschule und die Vorverlegung der zweiten Fremdsprache einen gewissen Effekt gehabt – und mehr an Fortbildungen teilnehmen.

Meine daraus resultierenden Wünsche an Politik, an die Agierenden, wäre: Start Französisch als zweite Fremdsprache in Stufe 7 mit 7., 8., 9., 10. Klasse jeweils vier Wochenstunden. Das wären 16 Wochenstunden. Im Vergleich zu den aktuellen 17 Stunden würde eine Stunde eingespart. Wir würden dem Land sogar Geld einsparen.

Wunsch 2: Fahrtenkonzepte der einzelnen Schulen sollten frankophiler werden. Da müsste vielleicht auch über das Ministerium, die ADD, gesteuert werden. – Beispiel: Ein Klassenlehrer möchte in der 7. Klasse nach Frankreich fahren. Da heißt es von der Schulleitung, das geht nicht, weil man in Stufe 7 als Klassenfahrt nicht ins Ausland fahren darf. Er wollte in Stufe 9 dann noch einmal fahren. Da hieß es, das geht nicht, weil wir in Stufe 9 eine politische Fahrt nach Weimar haben. Das heißt, da wurde eine motivierte Lehrkraft – kein Einzelfall, sonst hätte ich ihn nicht präsentiert – über ein schuleigenes Fahrtenkonzept daran gehindert, nach Frankreich zu fahren. Wenn man dann sieht, was sich Schüler und Lehrkräfte wünschen, da kann die Politik beschließen, was sie will, wenn Schulen es zulassen, solche Fahrtenkonzepte im 21. Jahrhundert zu etablieren.

Der dritte und letzte Wunsch: Eine zweckgebundene Entlastungsstunde, aus welchem Topf auch immer. – Ich hätte hier als Schulleitungsmitglied Ideen für Schulen mit einem deutsch-französischen Schüleraustausch in Analogie zur Berufsorientierung einfach fix zu machen, damit die Thematik stärker fokussiert wird. Gerade wenn wir sagen, die Schulleiter sind oft nicht frankophil, dann sind das einfach keine Projekte, in die investiert wird. Man investiert irgendwie in Schulkiosk, Präventionskonzepte, MINT oder sonst etwas. Das wäre schon eine Überlegung, dass man sagt, wer sich da so engagiert, nach Frankreich fährt, zwei Wochen auf sein Privatleben verzichtet etc., Anträge schreibt, dem könnte man eine minimale Anerkennung zuteilwerden lassen. Schulleitungen können das aktuell – gar kein Problem –, aber sie müssen es nicht.

Vielen Dank.

Herr Vors. Abg. Hartenfels: Vielen Dank, Herr Frings, für Ihren sehr anschaulichen Bericht und auch für die Hinweise, die Sie uns mit auf den Weg gegeben haben. Auch interessant – ich habe schon einige Anhörungen erlebt –, dass Sie sich so eng an den Antragstext gehalten haben und geschaut haben, was Sie davon halten. Das ist auch eine schöne Vorgehensweise.

Jetzt haben wir eine sehr tolle Stoffsammlung, sage ich einmal vorweg, bevor wir in die Fragerunde einsteigen, mit sehr verschiedenen Blickwinkeln auch auf ein sehr umfassendes Thema, das wir uns heute vorgenommen haben. Insofern ist die Redeliste jetzt eröffnet. Wer möchte den Anfang machen? – Herr Schmidt, bitte schön.

Herr Abg. Schmidt: Vielen Dank für Ihre in der Tat sehr anregenden Ausführungen. Ich habe zwei inhaltliche Themen, auf die ich eingehen möchte. Das eine ist zunächst einmal eine Bemerkung von Herrn Reding, die mir in der Tat sehr wichtig erscheint, nämlich den ökonomischen Faktor der Mehrsprachigkeit. Natürlich gibt es die kulturelle Ebene, und über die politische kann man diskutieren. Sie haben auch gesagt, das ist vielleicht doch nicht so wichtig für ein Europabewusstsein. Die ökonomische ist sicherlich wichtig für das Lernen von Fremdsprachen. Ich glaube z. B., dass der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands schon damit zusammenhängt, dass wir sehr viele Fremdsprachensprecher auf einem hohen Niveau haben, z. B. Russisch oder auch Ungarisch, Rumänisch. Der Außenhandel wird vor allem von Rumäniendeutschen gemacht an den Schaltstellen. Das ist ein Kapital, das in der Öffentlichkeit in der Tat gar nicht so bewusst ist. Da müsste man irgendwie ansetzen.

Meine Frau ist Englischlehrerin. Sie klagt z. B. darüber, dass Englisch ein hohes Prestige am Gymnasium genießt, weil die Schüler davon ausgehen, sie brauchen das für die spätere Berufstätigkeit, es wird gefordert, es ist irgendwie hilfreich, während das für andere Sprachen so nicht so ist. Das gilt sicher auch für das Französische. Das schmälert die Akzeptanz.

Jetzt meine Frage, was Sie für Ideen hätten, was man da tun könnte außer Öffentlichkeitsarbeit. Das ist das eine.

Der zweite inhaltliche Komplex ist – das habe ich sowohl bei Ihnen, Frau Waldkirch, als auch bei Herrn Dr. Frings herausgehört – die Skepsis gegenüber einem zu frühen Fremdsprachenunterricht schon ab der Grundschule oder vorher. Das sagt mir auch meine Frau als Gymnasiallehrerin für Englisch, dass sie in der 5. Klasse vor allem damit beschäftigt ist, die schlechte Aussprache zu korrigieren und dass das durch den Schulunterricht auf Englisch in der Grundschule eigentlich nichts gebracht hat, weil das so spielerisch ist und der Akzent, die Aussprache, verdorben ist und auch die Begeisterung, mit denen die früher die neue Sprache aufgegriffen haben, geschwunden ist.

Ist das so, dass Sie da – so wie ich es herausgehört habe – sozusagen sehr skeptisch sind, weil man auch halt nicht die Lehrkräfte mit sehr guten Kenntnissen hat? Das widerspricht ja dem, was man in der Öffentlichkeit – ich bin gleich fertig – heute häufig hört, nämlich so früh wie möglich schon im Kleinkindalter mit der Fremdsprache in Kontakt zu kommen.

Danke sehr.

Herr Vors. Abg. Hartenfels: Wer möchte beginnen zu antworten? – Bitte schön, Herr Reding.

Herr Reding: Sie haben mich nach dem ökonomischen Faktor der Mehrsprachigkeit gefragt. Ich will dem noch hinzufügen, dass wir in Luxemburg auch noch weitere Sprachkenntnisse im Moment sehr stark fördern, leider auch ein bisschen zuungunsten des Lateinunterrichts, aber z. B. sehr stark das Portugiesische – Portugiesisch ist anscheinend die fünfte Sprache weltweit – und auch das Chinesische stark fördern. Da ist es für die Eltern und auch für die Schüler ganz klar der ökonomische Vorteil, der vorrangig ist.

Sie haben mich nach einer Idee gefragt. Wir machen das in Luxemburg ganz konsequent. Wir machen Simulationen und haben z. B. ein Fach „Büromodell“, also eine Modellfirma. Da werden die Schüler sich der Tatsache bewusst, dass Sie mehrere Sprachen beherrschen müssen, wenn sie vor allem in Luxemburg mit dem Ausland in Kontakt treten, damit sie auch alles verstehen.

Umgekehrt kommen ja täglich sehr viele nach Luxemburg herüber. Von den Schülern, die hinten saßen, werden wohl auch einige nach Luxemburg kommen. Ich bin immer wieder erstaunt, dass die sich nicht bewusst sind, dass Französischkenntnisse ihnen in Luxemburg bei ihrer Karriere doch sehr hilfreich sein würden; denn irgendwann bleibt man dann in der Karriere in Luxemburg stecken, weil man das halt z. B. bei Bänkern, die bei uns arbeiten, braucht. Selbstverständlich ist das Bankwesen größtenteils auf Englisch organisiert, aber wenn man einen luxemburgischen Gesetzestext lesen und verstehen möchte, dann braucht man Französisch. Deshalb kommt es mir dann spanisch vor, dass Leute, die in Rufweite des Landes leben, nicht daran interessiert sind, das Französische zu lernen.

Also „Büromodell“ ist z. B. eine Sache. Die Simulationen an der Schule sind sehr hilfreich, um die Schüler zu motivieren. Das sind auch Fächer, die nicht bewertet werden. Das heißt, die Simulation ist rein formativ, und es gibt keine Benotungen nachher, was dann natürlich auch wiederum der Sache entgegenkommt.

Ich habe das vorhin gesagt, ich will die kulturelle Schiene aber nicht verniedlichen. Meiner Meinung nach kommt sie aber verniedlicht herüber, wenn man vielleicht einmal ein Lied auf Französisch singt. Man müsste die kulturelle Schiene auch noch einmal überdenken, vor allem das Kreative, nicht nur das Aufnehmende der Kultur, sondern auch das Kreative. Dann sind wir bei der Betonung.

Herr Vors. Abg. Hartenfels: Vielen Dank. – Frau Waldkirch, bitte schön.

Frau Waldkirch: Ich halte es grundsätzlich für eine sehr gute Idee, schon sehr früh mit dem Fremdsprachenerwerb anzufangen. Aber ich sehe, dass in den Grundschulen momentan einiges schief läuft, und das führe ich vor allem auf die Ausbildung zurück. Kollegen, die ihre eigenen Kinder auf bilinguale Grundschulen geschickt haben, berichten mir, dass es ihnen an Grundlagenerwerb und gezieltem Lernen fehlt. Trotz Lehrplan ist kein roter Faden erkennbar, und die Portfolios, die die Kinder anfertigen, geben nur wenig Aufschluss über den tatsächlichen Lernstand der Schüler. Oftmals sind diese voller Fehler, und es werden keinerlei Korrekturen daran vorgenommen. Darin sehe ich ein großes Problem, und das müsste unbedingt verbessert werden.

Ein weiteres Problem ist, dass die Kollegen in den weiterführenden Schulen oft gar nicht wissen, was sie voraussetzen können. Daher müsste man sich darüber wirklich einmal besser abstimmen.

(Herr Abg. Schmidt: An den normalen Grundschulen gibt es gar keine Englischausbildung!)

– Ja, eben, das merkt man auch.

Herr Dr. Frings: Sie haben es sicherlich herausgehört: Ich bin ganz unabhängig von der Qualität der Grundschullehrkräfte auch rein Lernpsychologisch nicht davon überzeugt, je früher desto besser. Daher würde ich darum bitten und dies auch fordern, bevor man das tut, Studien zu machen und nicht einfach irgendetwas zu tun, nur weil man glaubt, das sei sinnvoll.

Sie hatten es bezüglich der Aussprache erwähnt. Ich bin als Französischlehrer bei der Aussprache am Anfang ziemlich entspannt. In einer Schulstunde von 45 Minuten spricht in der Regel der Lehrer sehr viel. Ich wäre froh, er würde nur ein Drittel davon sprechen, dann hätten wir 30 Minuten für 30 Kinder, das heißt, jedes Kind könnte maximal eine Minute sprechen.

Wenn ich überlege, wie viel ich in einer Woche Schüleraustausch in Frankreich gesprochen habe, brauchen wir das nicht zu vertiefen. Allein die Schüler dazu zu motivieren, an einem Austausch teilzunehmen und sich zu begegnen, dass sie schreiben, dass sie telefonieren, dadurch entsteht schon so viel Aussprache im Kontakt mit Muttersprachlern, dass wir vielleicht unsere Lautschrift im Unterricht gar nicht so ernst und so wichtig nehmen sollten.

Was das Vorverlegen betrifft, glaube ich auch politisch nicht, dass jemand die Sache ganzheitlich gedacht hat. Man hat es gerade mit dem Abschaffen der Hauptschule bewirkt, dass die Orientierungsstufe viel stärker der Orientierung diene, Gymnasium, IGS, Realschulen. Mitten in die Orientierungsstufe schießt nun Französisch als sechste Fremdsprache, und Leute an der Realschule, die sich nachher gut entwickeln, aber keine zweite Fremdsprache haben, können in der Klasse 7 gar nicht mehr aufs Gymnasium, weil ihnen das Jahr in der Fremdsprache fehlt. Umgekehrt ist es auch blöde; deswegen würde ich wirklich sagen, Orientierungsstufe 5. und 6. Klasse, und danach gehen wir die zweite Fremdsprache an und ab der Klasse 9 die dritte Fremdsprache.

Ich hatte ursprünglich noch einen vierten Wunsch auf meiner Folie, das hatte Herr Schreiner auch angedeutet. Ich fange mit Englisch an, mache dann Französisch bis zur 10. Klasse, wähle Französisch ab und habe dann in der Oberstufe nur noch den Englischgrundkurs. Das ist eigentlich nicht die Sprachkompetenz – wenn man sich einmal das Weißbuch der Europäischen Union schon vor Jahren und Jahrzehnten anschaut –, die Hochschulabsolventen haben sollten. Das heißt, ich würde eigentlich am liebsten fordern, die dritte Fremdsprache am Gymnasium verpflichtend einzuführen.

Herr Reding: Ich möchte reagieren, weil ich vorhin gefordert habe – ich weiß nicht, ob Herr Dr. Frings schon da war –, dass man sehr früh anfangen sollte. Dies setzt natürlich voraus, dass die Leute, die mit den Kindern arbeiten, die Sprache auch perfekt beherrschen. Das will ich hinzufügen. Wir in Luxemburg haben die Fachleute, die beide Sprachen beherrschen, und dann gibt es durchaus empirische Belege dafür, dass das sehr förderlich ist. Wenn dies aber nicht der Fall ist, dann ist es vielleicht schädlich, aber das weiß ich nicht. Aber wenn man die Leute hat, soll man früh anfangen, und wenn es nach dem Prinzip geschieht, wie Sie es für Baden-Württemberg geschildert haben, dass es dort Muttersprachler sind, die mit den Kindern nach dem Prinzip arbeiten: „Une tête, une langue“ – ein Mensch, eine Sprache, dann ist es ganz einfach. Dann ist es fast wie eine natürliche Zweisprachigkeit. Das wollte ich nur klarstellen.

Ich wollte aber noch etwas hinzufügen. Wir haben in Luxemburg sehr lange, bis am Europäischen Gerichtshof geklagt wurde, die Regel, dass die Sekundarschullehrer ihre Studien in dem Land gemacht haben mussten, in dem die Sprache gesprochen wird. Das heißt, ein Englischlehrer musste in einem englischsprachigen Land studiert haben, ein Französischlehrer konnte das nicht in Trier tun, sondern musste mindestens nach Metz fahren. In Cannes gibt es keine Universität, er durfte aber nach „Aix-en-Vacances“ gehen.

Leider Gottes entspricht das nicht europäischem Recht. Wir wurden angeklagt, und wir haben natürlich verloren. Aber es war eine der Sache sehr dienliche Methode, damit wir sicherstellen konnten, dass die jeweiligen Sprachenlehrer an den Sekundarschulen aber auch wirklich perfekt die Sprachen beherrschten.

Herr Abg. Seekatz: Vielen Dank an alle Anzuhörenden. Sie haben uns sehr viele Eindrücke beschert. Ich habe eine Frage an Frau Waldkirch zu den AbiBac-Schülern. Das fand ich sehr interessant. Können Sie uns mitteilen, wie die zahlenmäßige Entwicklung dieser Schüler ist und wie viele es durchziehen bis zum Schluss? – Diese doppelte Belastung ist schon enorm.

Ich habe noch eine weitere Frage an Herrn Reding und an Frau Petilliot-Becker zu den Erfahrungen bei den binationalen Schulen. Sie sagten, in Baden-Württemberg ist in Freiburg ein Gymnasium, und es existiert in Zusammenarbeit mit dem Saarland eine solche Schule. Wie sind Ihre Erfahrungen, die dort gesammelt werden? Welche positiven Effekte gibt es daraus?

Herr Abg. Barth: Ich habe insgesamt sieben kurze Fragen, zunächst drei Fragen an Herrn Ehrhardt. Sie haben davon gesprochen – vielleicht habe ich es auch falsch verstanden –, dass das Deutsche im Elsass nur an privaten Schulen auf Initiative der A.B.C.M. stattfindet.

Herr Ehrhardt: Nein, das haben Sie falsch verstanden.

Herr Abg. Barth: Gut, dann kann ich das gleich korrigieren.

Weiterhin haben Sie gesagt, alle Fächer sind zweisprachig. Wie ist das konkret in der Ausgestaltung? Wird ein Fach in Deutsch und ein Fach in Französisch unterrichtet, oder ist das Fach in einer Stunde deutsch und in einer Stunde französisch?

Meine dritte Frage an Sie ist: Was ist, wenn Grand Est die Finanzierung nach 2018 nicht fortführt?

Weiterhin hätte ich zwei Fragen an Frau Petilliot-Becker. Wie ist das mit der Verzahnung in Baden-Württemberg bei den bilingualen Studiengängen zwischen der Grundschule und der weiterführenden Schule? Bisher war Französisch Pflicht an der Rheinschiene ab Klasse 1. Habe ich es richtig verstanden, dass ab 2018/2019 das Fach Französisch erst ab Klasse 3 Pflicht sein soll, das heißt also, dass es zurückgefahren wird? Können Sie kurz die Gründe benennen, die dazu geführt haben? Wenn ich es richtig verstanden habe, gibt es 14 Wochenstunden Französisch an der Realschule.

Herr Reding, Sie haben gesagt, dass viele Stunden im Bereich des Fremdsprachenlernens im luxemburgischen Schulwesen zulasten der Naturwissenschaften und der beruflichen Bildung gehen. Meine Frage an Sie lautet: Ist das Schulwesen in Luxemburg ganztags oder halbtags organisiert?

Frau Petilliot-Becker: Zunächst zu der Frage nach der binationalen Schule in Freiburg. Wir haben dort natürlich die Situation, dass sehr viele Personen im Elsass leben und die Schule auf der baden-württembergischen Seite besuchen und umgekehrt. Kehl z. B. ist ein Ort, bei dem man von einem Vorort von Straßburg spricht. Das heißt, wir haben einen regen Grenzverkehr, und die Familien in dieser Region legen einen sehr großen Wert darauf, dass die Kinder auch in zwei Sprachen heranwachsen, und dies wird sehr gut angenommen und nachher auch für die beruflichen Chancen und für das Studium genutzt.

Zur Verzahnung der bilingualen Studiengänge zwischen der Grundschule und der weiterführenden Schule: Wir haben einen steten Ausbau bilingualer Standorte auch in den Realschulen. Das heißt, wir haben im Blick, dass hier durchgängige Bildungsbiografien gewährleistet sind, wenn in der Grundschule

bilingual begonnen wird, dass dann auch in der Sekundarstufe I die Möglichkeit besteht, sowohl in der Realschule als auch im Gymnasium mit diesem bilingualen Zug weiterzumachen.

Herr Abg. Barth: Ich habe eine kurze Zwischenfrage. Das heißt, es ist dann nicht so wie bei uns, dass man in der Klasse 5 quasi wieder von vorn beginnt, sondern dass wirklich ein Aufbau stattfindet?

Frau Petilliot-Becker: Ja. Vielleicht noch eine Information zu der Verzahnung bezüglich der Bildungspläne: Wir haben die Bildungspläne aufeinander abgestimmt, das heißt, vorwärts wie rückwärts. Der Grundschulbildungsplan ist abgestimmt mit dem Plan der Sekundarstufe I und umgekehrt, und der Sek-I-Plan hat noch einmal in Kurzform den Bildungsplan in den Fremdsprachen als Grundlage für die Lehrkräfte mit enthalten, sodass sie sich sehr schnell kundig machen können über den Bildungsplan der Sek I, was in der Grundschule geleistet worden ist. Wir sind bei dem GER-Niveau A2. Wir bleiben auch dabei, wenn wir jetzt den Beginn des Fremdsprachenunterrichts abändern ab der Klasse 3.

Die ganze Zeit war es so, dass wir ab Klasse 1 eher das Sprachbad hatten, das heißt, keine festen Stunden, sondern verteilt über die Woche zwei Unterrichtsstunden letztendlich. Wir haben uns darauf geeinigt, in eine Schiene hineinzugehen ab Klasse 3, wo wir es im Stundenplan verankern mit Fachlehrkräften, die das Fach studiert haben, insbesondere Europalehramt, und wir bleiben auf dem Niveau GER A2. Schulen, die das möchten, können aber auch noch in Klasse 1 die Fremdsprache anbieten als Arbeitsgemeinschaften oder auf freiwilliger Basis. Diese Möglichkeit eröffnen wir auch weiterhin.

Herr Ehrhardt: Ich habe bereits die Zahl korrigiert, die ich auch in der Tabelle genannt hatte. Die 34.000 Schüler beziehen sich auf staatliche und private, der private Anteil ist natürlich relativ gering. Ich hatte schon gesagt, bei A.B.C.M. sind es 1.293 Schüler, und insgesamt sind es 34.000. Aber der Ursprung, der Ausgangspunkt war A.B.C.M. 1991, und Gott sei Dank ist es nun vom Staat so vorangetrieben worden.

Die Unterrichtsfächer werden jeweils in einer bestimmten Sprache gelehrt, natürlich auch von einem Muttersprachler. Das ist im Elsass günstigerweise dann sowohl Französisch als auch Deutsch, und das ist natürlich ein Idealfall. Aber es wird immer ein Fach in einer Sprache gelehrt.

Die Finanzierung nach 2018 ist ein Problem. Vor allem ist es die Unsicherheit. Eine Schule muss planen können, eine Privatschule genauso wie eine staatliche Schule. Vielleicht ist es bei einer privaten Schule noch wichtiger, eine langfristige Planung zu haben im finanziellen Bereich, und das ist derzeit leider nicht möglich. Es gab schon in der Vergangenheit Schwierigkeiten bei der Region, und jetzt ist es in der großen Region Grand Est offensichtlich nicht einfacher geworden, eine langfristige finanzielle Planung und Sicherheit herzustellen.

Herr Reding: Sie haben eine Frage zur Schengen-Schule gestellt. Die Schengen-Schule hat den Vorteil gegenüber den Gymnasien, die wir sonst an der Grenze haben, dass sie einen Kreis um sich herum als Einzugsgebiet hat. Wir haben z. B. noch zwei weitere Gymnasien an der deutschen Grenze zu Rheinland-Pfalz, nämlich in Grevenmacher und in Echternach. Das Einzugsgebiet dieser beiden sehr ehrwürdigen Anstalten begrenzt sich auf das luxemburgische Staatsgebiet. Die Schengen-Schule hat das zweisprachige Angebot und nachher auch das Angebot der beiden Abiturprüfungen, die man bekommt. Man bekommt sowohl das saarländische als auch das luxemburgische Abitur, und das ist sehr attraktiv. Zudem kommt noch hinzu, dass das Gebiet auf der luxemburgischen Seite eine sehr strukturschwache Gegend war und man weit entfernt war von dem nächsten Gymnasium. An sich ist das Schengen-Gymnasium für uns ein voller Erfolg. Es gibt lange Wartelisten und lange Einschreiblisten.

Es gibt aber immer wieder Herausforderungen, z. B. die Grundschule, die im Saarland vier Jahre umfasst und in Luxemburg sechs Jahre. Das heißt: Wann wechselt der luxemburgische Schüler an das Schengen-Gymnasium, nach der 4. Klasse oder nach der 6. Klasse? Für die deutschen Schülerinnen und Schüler ist es interessant, ob sie sich so viel Französisch zumuten wollen oder nicht. Aber das Schengen-Gymnasium hat das sehr schlau gelöst, indem man dort jeweils einen Basiskurs anbietet und einen anspruchsvolleren Kurs in Französisch und auch in Deutsch für die luxemburgischen Schüler. Weiterhin hatten Sie nach dem Ganztagsangebot gefragt. Luxemburg hat seit jeher die Ganztagschule. Das heißt, an der Vorschule und an der Grundschule muss das Angebot morgens 07:00 Uhr bis abends 18:30 Uhr stehen, wobei an der Vorschule 26 Stunden und an der Grundschule 28 Stunden pro Woche Präsenzpflicht ist, und der Rest ist nonformales Bildungsangebot, natürlich auch Essen und Ausruhen

21. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2018
– Öffentliche Sitzung –

und Spielen. An der Sekundarschule ist das Angebot von 07:00 Uhr bis 17:00 Uhr. Dort haben wir es mit verständigeren Schülern zu tun, die selbstständig funktionieren können. Die Schulpflicht hängt von der Schule ab, aber es besteht mindestens 32 Stunden Präsenzpflcht.

Frau Waldkirch: Sie wollten Zahlen zu den AbiBac-Schulen wissen. Im Moment gibt es acht AbiBac-Gymnasien in Rheinland-Pfalz, zwei sind in den letzten vier Jahren bzw. in den letzten zwei Jahren dazugekommen. Das Hilda-Gymnasium in Koblenz war das letzte, davor das Gymnasium Saarburg. Darüber hinaus gibt es noch fünf bilinguale Gymnasien.

Weiterhin wollten Sie wissen, wie viele Schüler es sozusagen bis zum bitteren Ende durchhalten. Ich kann Ihnen beispielsweise von unserer Schule berichten. Wir haben je nach Jahrgang – das ist immer sehr unterschiedlich – einmal eine ganz volle Klasse, die mit Französisch beginnt und auch automatisch in diesen bilingualen Zug hineinkommt, und wir hatten teilweise auch schon zwei volle bilinguale Klassen. Ich weiß von anderen Schulen, dass es ähnlich ist.

Durchhalten bis zum bitteren Ende ist auch wieder unterschiedlich, je nach Jahrgang. Wir haben in der Regel zwischen acht und 16 Schüler, die wirklich das AbiBac machen. Wenn sie sich einmal dafür entschieden haben, haben wir kaum Schüler, die es nicht schaffen; denn das sind in der Regel sehr gute Schüler.

Frau Abg. Schmitt: Zunächst bedanke ich mich für die SPD-Fraktion für die Stellungnahmen. Ich möchte Sie fragen, ob wir als Ausschuss die präsentierten Folien bekommen könnten.

Herr Vors. Abg. Hartenfels: Ist das möglich, Herr Dr. Frings?

Herr Dr. Frings: Bei mir ist es bedingt möglich, weil ich die Umfragen natürlich mit der Schulleitung abgesprochen habe, dass ich sie vortragen kann, aber keinerlei Genehmigung habe zum Publizieren. Das kann ich gern noch einmal prüfen, aber ich kann Ihnen gern eine abgespeckte Version mit meinen Wünschen und mit meinen Kommentaren zum Antrag zur Verfügung stellen. Bei den Umfragen wurden schülerbezogene Daten erhoben, und spätestens seit dem 25. Mai sind wir aufgrund der neuen Datenschutzbestimmungen noch sensibler geworden. Aber gern stelle ich Ihnen Teile meiner Präsentation zur Verfügung.

Frau Abg. Schmitt: Zunächst einmal herzlichen Dank. Herr Schreiner, Sie haben vorhin von den historisch bedingten Problemen berichtet. Dabei haben Sie auch von Problemen der Digitalisierung gesprochen. Habe ich Sie richtig verstanden?

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Dr. Frings. Sie haben von langweiligen Französischlehrerinnen und Französischlehrern gesprochen. Für uns als Politiker ist es natürlich schwierig, daran ad hoc etwas zu ändern. Deswegen würde mich interessieren: Was müsste denn in der Ausbildung der nächsten Generation geändert werden? Hätten wir Stellschrauben, wo man anders an die Ausbildung von Französischlehrerinnen und -lehrern herangehen müsste?

Herr Abg. Roth: Auch ich möchte mich im Namen meiner Fraktion herzlich bei den Anzuhörenden bedanken. Frau Petilliot-Becker, Sie haben von Werkrealschulen gesprochen. Was ist das?

Herr Reding, Sie haben gesagt, ab dem 1. Schuljahr würde Deutsch an den Schulen als erste Sprache eingeführt und als Zweitsprache dann im zweiten Jahr Französisch. Irgendwann kommt dann im 7. Schuljahr Französisch als komplette Schulsprache hinzu anstelle der deutschen Sprache, und dann kommt irgendwann noch Letzeburgisch dazu. Kommt irgendwann auch noch Englisch dazu? Sie haben vorhin das Thema angesprochen, dass in den Banken sehr viel Englisch gesprochen wird. Wie sieht es damit aus?

Herr Schreiner war der Erste, der das Geld angesprochen hat. Ich habe eine Frage zu Schüleraustauschprogrammen. Es gibt natürlich Informationen darüber, dass von der Europäischen Gemeinschaft auch finanzielle Programme für Städtepartnerschaften angeboten werden, wenn sie Schüleraustausche in ihren Partnerstädten machen würden. Kann das noch besser beworben werden, oder wie kommt man an solche Informationen heran? – Ich habe mit mehreren Personen aus dem Westerwald gesprochen,

die eine Reise in die Partnerstadt planen und die gar nicht wussten, dass solche Programme von der EU aufgelegt werden und dass es solche Programme gibt.

Herr Schreiner: Bei der Digitalisierung haben wir zwei Dinge. Das eine ist ganz banal. Das ist das Digitalradio. Wir haben aus dem Elsass viele Beschwerden, dass die Leute durch das Digitalradio deutliche Sender nicht mehr empfangen können.

Wir haben darüber hinaus bei uns das Problem umgekehrt, dass die Betreiber von Rundfunk- und Fernsehkanälen, also die Anbieter, die Kabelanbieter, fast alle französischen Programme herausgenommen haben. Wir haben kaum noch eine Möglichkeit, uns mit Informationen – das ist das, was ich versucht habe anzusprechen – aus dem Elsass zu versorgen. Wir haben große Schwierigkeiten zu wissen, was dort im täglichen Leben ist. Früher gab es immer FR 3. Im Fernsehen konnte man das Regionalfernsehen aus dem Elsass sehen. Da wusste man Bescheid. Das gibt es nicht mehr. Das kann man bei uns nicht mehr empfangen. Da haben wir ein Riesenproblem.

Das Handy, auf dem sich vieles auf Englisch abspielt, aber nicht auf Französisch, ist auch ein Problem. Auf der anderen Seite – das muss man bei der Digitalisierung sehen – gibt es natürlich bei dem Handy auch eine Chance. Es gibt tatsächlich diese Sprachprogramme darauf. Die werden interessanterweise insbesondere von älteren Leuten genutzt, weil sie keine andere Möglichkeit haben, dass sie dort grammatikalische Übungen und all diese Dinge machen, weil sie an der Sprache interessiert sind. Das ist also ein Problem. Da ist nichts harmonisiert im grenzüberschreitenden Bereich.

Ich nenne jetzt einmal ein Beispiel, was wir am Oberrhein bräuchten. Wir bräuchten einen Fernsehsender, nicht wie ARTE, der schon vom Namen her die Kinder abschreckt, sondern wir bräuchten eine ganz normale Fernsehsendung mit Berichten aus dem täglichen Leben, vielleicht mit deutschen und französischen Untertiteln. Wenn wir am Oberrhein so etwas hätten, könnten wir eine Menge Gutes tun links und rechts des Rheins. Das haben wir nicht.

Bei den Schulprogrammen ist es so: Was die Lehrer sich wünschen, das ist vor allen Dingen Partnerschulen in der Nähe, im Elsass, wohin sie Tagesausflüge machen können, wohin sie fahren können, um sich dort mit Klassen zu treffen, um gemeinsame Projekte zu machen. Es sind weniger die Städtepartnerschaften und Schulpartnerschaften. Dazu gibt es eine Liste im Bildungsministerium. Die kann jeder abfragen. Das ist kein Thema, aber so dieses Regionale, eine Partnerschule im Elsass zu haben, dieser Wunsch ist jetzt in letzter Zeit ein paarmal an mich herangetragen worden. Ich habe jetzt gesagt, ich nehme das mit zur Rektorin, damit sie mir einmal die Liste rüberschiebt, welche Schulen da zur Verfügung stehen. Dort würde man gern hingehen und gemeinsame Projekte machen.

Ich will mir vielleicht noch einen Satz zu dem Wunsch für die Berufsausbildung erlauben, den Sie, Herr Reding, geäußert haben. Das haben wir gerade mit dem Vertrag vom 4. Juni mit der deutsch-französischen Handelskammer gelöst, dass wir da weiterkommen und mehr Gelegenheiten schaffen.

Ich glaube, das war es so weit zum Thema.

Frau Petilliot-Becker: Es geht um die Frage zu den Werkrealschulen. Wir wissen, wenn Schüler in eine 5. Klasse hineingehen, dann haben sie unterschiedliche Lernstände. Das heißt, wir haben gesagt, wenn Schülerinnen und Schüler in eine Hauptschule gehen in der 5. Klasse und vielleicht Spätentwickler sind, sollen sie dennoch die Möglichkeit erhalten, dass sie an dieser Schulart den mittleren Bildungsabschluss machen. So bieten die Hauptschulen bei uns ein 10. Schuljahr zum Erwerb des mittleren Bildungsabschlusses an. Diese nennen wir Werkrealschulen.

Herr Dr. Frings: Ich war ganz froh, dass ich als Letzter reden darf, weil ich über Ihre Frage ziemlich lange nachgedacht habe. Ich glaube nicht, dass die Ausbildung als Französischlehrer per se schlecht ist. Ich bin z. B. insbesondere davon überzeugt, dass unsere Französischlehrer an der Schule überdurchschnittlich gut sind, was darin begründet ist, dass wir das Instrumentarium der schulscharfen Ausschreibungen genutzt haben. Wir machen Französisch auch plus X, das heißt, maximale Flexibilität, und wir haben uns die Leute unter zehn bis 15 Bewerbern genau angeschaut. Trotzdem haben wir dann an der Basis 70 % Abmeldungen.

Ich glaube einerseits, über Auslandsaufenthalt – klar – würde man sich wünschen, dass man da länger sein muss. Andererseits muss ich es dann auch wieder ganzheitlich betrachten. Mein zweites Fach war Mathematik. Wenn man mich gezwungen hätte, ein Semester nach Frankreich zu gehen – Mathematik ist so spezialisiert –, dann hätte man mich gezwungen, ein halbes Jahr länger zu studieren. Das ist je nachdem auch ein finanzielles oder biografisches Problem. Das kann ich in Frankreich. Wenn das ein Einfachstudiengang ist, kann ich die locker einmal ein Jahr irgendwohin schicken in ein Land ihrer Zielsprache, weil das zweite Fach nicht darunter leidet. In Mathematik war das damals so, dass man immer sagte, da kannst du auch in Frankreich Mathematik studieren. So ist das nicht.

Also, ob man über die Ausbildung, die ich gar nicht für so schlecht halte, ob man also über Auslandsverlängerungen da wirklich weiterkommt, weiß ich nicht. So schön sie für den Französischlehrer sind, so schlecht sind sie vielleicht für den Physikstudierenden. Ich glaube, wir müssten schon – das ist auch eben so herausgekommen – wirklich an die Basis gehen, das heißt, in die Schulen hinein, Schulleitungen, Fachschaften, in diese Ebenen.

Ich stelle mir vor – das Land hat einen Orientierungsrahmen Schulqualität über Unterrichtsqualität, der letztes Jahr fachübergreifend novelliert worden ist –, dass wir einmal über Schülerfeedback reden, wie Schülerfeedback erfasst wird. Ich habe die Schüler jetzt befragt, weil ich zu ihnen eingeladen bin. Also wie weit ist das wirklich implementiert? Wie attraktiv ist das Fach Französisch?

Da sind auch ein bisschen die Eltern, die auch schon dran gescheitert sind, also das Image, während das coole Spanisch „hola que tal“ sagt, und wir kommen dann mit unseren Grammatikphänomenen. Also, ich glaube, die Französischlehrer, die Romanisten – da kann die Uni viel machen, ich glaube schon in der Schule – sollten an ihrem Image arbeiten. Man sollte versuchen, Misserfolge zu verhindern.

Aber ich halte das für zentral, was ich mit der zweiten Fremdsprache sagte, also 6., 7. Klasse vierstündig, dann dreistündig. In der 6. Klasse ist das noch Orientierungsstufe. Wenn ich sehe, viele Schulen, die siebenzünftig sind – Gymnasien –, die verlieren zwei Züge nach der 6. Das heißt, die Lehrer müssen sich in der 6 mit nichtgymnasialen Schülern rumquälen. Sie quälen sich, sie quälen die Schüler und quälen sich gegenseitig. Nach der 7 wird es dann neu gemischt. Dann habe ich nur noch ein Jahr vierstündig, und dann komme ich schon in den dreisprachigen Rhythmus. Das heißt, da sehe ich mit Vorverlegung Orientierungsstufe Hauptschule keine Strukturen mehr, dass man so gymnasial Französisch unterrichten kann, wie ich es als Schüler selbst erfahren durfte.

Herr Reding: Die Frage reizt mich aber auch; denn unsere Französischlehrer stehen auch im Ruf, nicht besonders beliebt zu sein bei den Schülern. Man darf nicht vergessen, dass die französische Sprache ja im Gegensatz zur deutschen Sprache z. B. im Schriftlichen nicht lauttreu ist. Das erschwert die Sache sehr. Das Grundvokabular ist natürlich das älteste Vokabular. Das wird geschrieben, als hätte man es nie gehört. Eine Zwiebel heißt auf Französisch Oignon. Wie kann man das heraushören? Das ist aber Grundvokabular. Das lernt das Kind bei uns im 2. Schuljahr. Wie soll es Oignon dann schreiben, wenn es vorher auf Deutsch alphabetisiert worden ist?

Wir haben aber sehr große Fortschritte in der Französischdidaktik durch das systematische Einführen des Sprachvergleichs gemacht. Sie haben schon vorher vom „Bain de langue“ gesprochen, vom Sprachbad, hin zu dem Sprachvergleich. Also dann geht es wirklich viel, viel besser, und dann kommt natürlich die Landeskunde hinzu. Dann muss man natürlich auch attraktive Sachen nehmen. Also Asterix ist noch immer ein Renner, und der bringt es.

Sie hatten mir aber die Frage nach dem Englischen gestellt. Also noch einmal: Luxemburgisch ab Alter 0 bis Ende der Vorschule und dann zurückgefahren auf eine Stunde pro Woche bis zur Klasse 7. Dann ist Schluss mit Luxemburgisch. Zugleich ein bisschen Französisch bis Klasse 2. Dann geht es los mit Französisch drei Stunden die Woche und dann sieben Stunden die Woche. Deutsch ab Klasse 1 ist zweite oder Fremdsprache für fast alle Schüler, ist Schulsprache an der Grundschule und nachher Fachsprache an der Sekundarschule. Französisch ab Klasse 2 und dann 3 sieben Stunden und wird dann zur Schulsprache am Gymnasium. Englisch erst ab Klasse 8, und weshalb?

Ich will Ihnen nur sagen, C1 erreichen wir in Französisch und Deutsch in der Klasse 11. Wir erreichen C1 auch im Englischen in der Klasse 13, im Abitur. Es ist eigentlich ganz einfach zu erklären, wenn Sie sich die Sprache anschauen. Wenn ich ein Wort im Englischen nicht finde, dann nehme ich entweder

das französische Wort oder das deutsche Wort, und ich verenglische es. Es ist ja schließlich eine Mischung von Angelsächsisch, also Deutsch, oder Normannisch, also Französisch. Die beiden Sprachen liegen dem Englischen zugrunde, und dann mit der fast einfachsten Syntax, die es gibt, dann mit der französischen Syntax, also die Stellung des Wortes ergibt den Sinn des Satzes, dann kommt man sehr leicht ins Englische hinein. Ab Klasse 8 dann vier Stunden die Woche Englisch.

Nach der Klasse 9, ab der Klasse 10 kann man eine vierte Sprache noch wählen – nein. Schon in der Klasse 8 kann man Latein und Chinesisch wählen, wie ich gesagt habe, und dann noch ab Klasse 10 Russisch, Italienisch oder Spanisch oder Portugiesisch, wobei seltsamerweise Portugiesisch fast nicht gewählt wird, was dann wieder zeigt, die Wertschätzung der Sprache ist sehr wichtig bei der Wahl der Schüler; denn es ist die Sprache der Bauarbeiter in Luxemburg.

Herr Dr. Frings: Mir sind noch zwei Kleinigkeiten eingefallen, wirklich reale Begegnungen. Einmal eine mündliche Abiturprüfung, wo wir in der Kommission überlegt haben: Sind das 14 Punkte, oder sind das 13 Punkte? – Es war eine geniale Prüfung. Wir haben uns dann für 14 Punkte entschieden. Eine Muttersprachlerin, die im Publikum saß, ist traurig hinausgegangen und hat gesagt: Bei euch muss man wahrscheinlich Muttersprachler sein, um 15 Punkte zu bekommen. Ich glaube, wir haben im Französischen Spielräume in der Benotung.

Ein zweites Beispiel war, dass wir einmal in Frankreich bei einem Schüleraustausch von der Französischlehrerin immer ein Auto geliehen bekommen hatten, und dann lagen hinten Korrekturen drin, also französische Texte von französischen Schülern. Wir haben gesagt: Dürfen wir da einmal hineinschauen, uns interessiert, wie die schreiben? – Dann haben wir da hineingeschaut und waren entsetzt. Wir haben dann überlegt, was würden wir denn für diese Texte für Noten geben. Wir hatten auf einmal das Gefühl, wir sind ja zu unseren deutschen Schülern, die Französisch schreiben, strenger als die Franzosen zu ihren eigenen, sodass man da über wirkliche Anforderungsbereiche reden kann, wie weit es etwas bringt, wenn ich Leistungsniveaus pseudo hochhalte und ich die Schüler verloren habe und sie keinen Spaß mehr an der Sache haben. Das wäre auch noch etwas, worüber man vielleicht wirklich reden könnte.

Herr Abg. Schmidt: Ich habe noch eine Frage an Herrn Ehrhardt. Es kommen ja eine ganze Menge Pendler aus dem Elsass ins Badische, aber sie kommen auch in die Pfalz. Bekannt ist ja von Wörth, dass da etliche arbeiten. Mich würde interessieren, wie die Entwicklung dieser Pendlerbewegung ist und natürlich die Zusammenhänge mit der Sprachthematik.

Herr Ehrhardt: Da bin ich sicherlich nicht der absolute Fachmann. Was ich nur sehe oder was ich gelesen habe, ist, dass die Arbeitslosigkeit offensichtlich im Elsass erheblich höher ist – ungefähr doppelt so hoch –, als es hier in Rheinland-Pfalz der Fall ist und dass man daher natürlich annehmen müsste, dass die Zahl der Pendler zunimmt. Aber soweit ich weiß, nimmt sie eher ab. Dazu können Sie aber vielleicht noch mehr sagen. Ich glaube jedenfalls, da ist noch ein großes Reservoir. Wenn die Zweisprachigkeit im Elsass gestärkt würde, könnte man auf beiden Seiten der Grenze erheblich profitieren.

Herr Abg. Schmidt: Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen, Herr Schreiner.

Herr Schreiner: Ich kann dazu noch etwas sagen. Die Zahl der Arbeitspendler ist von deutscher Seite und auch von französischer Seite stark rückläufig. Es stimmt, es gibt eine hohe Jugendarbeitslosigkeit im Elsass. Deshalb haben wir diese ganzen Programme aufgelegt gemeinsam mit der Arbeitskammer, mit der IHK, mit einem eigenen Förderprogramm aus dem Elsass. Sie bestehen aus zwei Teilen, nämlich einer Sprachfindung, also einmal eine Hilfe zu geben, dass die jungen Leute Deutsch sprechen, und darin, eine Lösung zu finden, wie wir mit dem Schulsystem zurechtkommen; denn Sie wissen ja, das bei uns übliche Schulsystem, dass man in die Berufsschule geht und in der Firma arbeitet, zählt in Frankreich eigentlich nicht sehr viel. Deshalb will die Regierung das jetzt umstellen und möchte das etwa dem deutschen System angleichen. Wir machen da also Informationstage für die Schüler. Da gibt es verschiedenste Varianten mit den Klassen, z. B. auch im Handwerk die Möglichkeit, die Ausbildung in Deutschland und die Berufsschule in Frankreich zu machen. Da gibt es am Oberrhein eine ganze Menge Programme, die wir auf den Weg gebracht haben.

21. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2018
– Öffentliche Sitzung –

Herr Vors. Abg. Hartenfels: Vielen Dank. Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Dann möchte ich mich auch im Namen des Ausschusses ganz herzlich bedanken für die sehr informative und anregende Diskussion und Information, die wir bekommen haben. Das wird uns mit Sicherheit noch einmal deutlich weiterhelfen auch in der Zuspitzung des Plenarantrags. Deswegen machen wir auch Anhörungen.

Vielen Dank auch noch einmal ausdrücklich für die Geduld. Kommen Sie gut nach Hause. Sie dürfen natürlich auch noch gern dem „Restprogramm“ des Ausschusses beiwohnen. Aber das war natürlich unsere Hauptveranstaltung heute. Insofern sind Sie natürlich jetzt auch gern auf den Nachhauseweg entlassen.

Schönen Dank.

Der Antrag wird vertagt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2017

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/6124 –

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Negative Reaktionen in Europa auf Marx-Kult in Trier

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der AfD
– Vorlage 17/3217 –

Herr Abg. Schmidt weist auf den zeitlichen Zusammenhang des Antrags der AfD-Fraktion mit der Errichtung des Marx-Denkmal in Trier am 5. Mai 2018 hin. Die Anfrage beziehe sich auf konkrete Reaktionen darauf, auch wenn sich die Kritik am Marx-Kult seiner Meinung nach nicht abschwächen, sondern ein Dauerthema bleiben werde.

In der Antragsbegründung sei ausgeführt worden, dass diese Angelegenheit sogar im Ausschuss für Europäische Angelegenheiten des tschechischen Parlaments beraten worden sei. Er selbst habe während einer Informationsfahrt des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur nach Mittelböhmen sehr deutlich die Kritik und auch das Unverständnis der ost- und mitteleuropäischen Staaten wahrgenommen, und auch sein Parteikollege habe bei einer Ausschussreise nach Estland ähnliche Erfahrungen gesammelt.

Als ein weiterer Beleg für die Kritik habe die größte Kulturzeitschrift in der Tschechischen Republik einen großen Beitrag über das Marx-Denkmal in Trier veröffentlicht und das Unverständnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Befindlichkeiten in diesen Ländern gegenüber dem Kommunismus und auch gegenüber einer Person wie Karl Marx in keiner Weise berücksichtigt würden und auch in keiner Gedenktafel aufgegriffen worden seien. Er bittet vor diesem Hintergrund um Berichterstattung durch die Landesregierung.

Herr Prof. Dr. Hardeck (Referent im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur) verweist zu Beginn seines Berichts auf eine Pressemappe, da es vielfältige Stimmen und Reaktionen auf die Marx-Ausstellung sowie auch auf die angesprochene Statue gebe, was auch zu erwarten gewesen sei.

Eingangs bittet er darum zu unterscheiden zwischen dem Projekt der Marx-Ausstellung, bei dem die Stadt Trier und das Land gemeinsam eine kritische Auseinandersetzung und Würdigung zum 200. Geburtstag von Karl Marx vorbereitet und präsentiert hätten. Damit werde die Tradition verschiedener anderer Jubiläumsveranstaltungen und Ausstellungen fortgesetzt, die es auch schon zu anderen wichtigen Persönlichkeiten des Landes Rheinland-Pfalz gegeben habe, so z. B. zu Johannes Gutenberg oder zu Hildegard von Bingen. Es sei also im Grunde genommen eine Selbstverständlichkeit, dass man eine solche Würdigung vornehme. Er verweise auf ein Zitat des allen bekannten Philosophen und Literaturwissenschaftlers Rüdiger Safranski, der dazu Folgendes geschrieben habe:

„Man kann ja über Marx streiten; aber es gibt weltweit bekanntlich keinen Philosophen mit einer solch gigantischen Wirksamkeit im Guten wie im Bösen. Es gehört sich ganz einfach, dass sein Geburtsort auf würdige Weise seines Geburtstags gedenkt. – Herzlich, Rüdiger Safranski“.

Auch sei allen bekannt, dass die angesprochene Statue mit dem Ausstellungsprojekt von Stadt und Land überhaupt nichts zu tun habe; es handele sich hier um ein Geschenk der Volksrepublik China an die Stadt Trier, über das ausschließlich der Stadtrat der Stadt Trier befunden habe. Hier sei das Land schlicht und ergreifend außen vor.

Der 200. Geburtstag von Karl Marx sei kein rheinland-pfälzisches Jubiläum, sondern ein Jubiläum, das national und international große Aufmerksamkeit hervorgerufen und Anlass zu Diskussionen gegeben habe. In vielen Ländern sei aus diesem Grund erneut eine Auseinandersetzung mit Karl Marx und seinem Werk gesucht worden. Trier als Geburtsstadt von Karl Marx und auch als Stadt, in der er die ersten 18 Jahre seines Lebens aufgewachsen und zur Schule gegangen sei, sei prädestiniert, diesen Anlass zu nutzen, um eine kritische Würdigung eines weltweit anerkannten Philosophen und Gesellschaftsanalytikers vorzunehmen. Nicht umsonst zählten die zwei bekanntesten Werke von Marx, „Das Kapital“ und „Das Manifest der Kommunistischen Partei“, die auch in den Landesausstellungen einen Schwerpunkt bildeten, heute zum UNESCO-Weltdokumentenerbe.

21. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2018
– Öffentliche Sitzung –

Wie allen bekannt sei, stünden diese Ausstellungen unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, und es sei auch allen bekannt, dass EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker als Festredner der Eröffnungsfeierlichkeiten ganz offen darüber gesprochen habe, dass ihn zahlreiche Briefe aus Ost- und Mitteleuropa, aus Deutschland und insbesondere aus Trier, aber auch aus anderen Kontinenten erreicht hätten und dass er auch für die teilweise in diesen Briefen sehr aggressiv geäußerten Bedenken Verständnis habe. Juncker habe betont:

„Karl Marx war ein in die Zukunft hineindenkender Philosoph mit gestalterischem Anspruch und steht heute für Dinge, die er weder zu verantworten hat noch verschuldet hat, weil vieles von dem, was er formuliert hat, quasi in sein Gegenteil umformuliert wurde.“

Juncker habe zusätzlich noch darauf aufmerksam gemacht, dass „das Land Rheinland-Pfalz und die Stadt Trier Recht haben, an Marx zu erinnern, weil Erinnern und Verstehen zur Zukunftssicherung gehören“.

Dass allerdings die Auseinandersetzung mit Karl Marx notwendig sei, zeigten die vielen aktuellen Diskussionen, die übrigens auch sehr intensiv in den Ausstellungen und um die Ausstellungen in Trier herum in dem sehr umfangreichen Rahmenprogramm geführt würden, das dort bewusst erarbeitet worden sei. Es gehe darum, das nach wie vor in den Köpfen verhaftete Marx-Bild zu korrigieren, das überwiegend aus der postumen Wirkungsgeschichte vor allem mit den negativen Folgen des Marxismus/Leninismus, des Stalinismus und des Kommunismus an der Macht sich generiere und das mittlerweile national wie international in einem Kontrast zu dem Marx-Bild stehe, das die wissenschaftlichen Arbeiten der letzten Jahre an der Marx/Engels-Gesamtausgabe, aber auch namhafter Historiker viel besser rekonstruieren lasse, was wirklich Marx zuzuschreiben sei und was nicht, als dies früheren Generationen möglich gewesen sei. Er erinnere beispielsweise an Bibliografien von Stedman Jones und Jonathan Sperber aus den letzten Jahren. Es handele sich dabei um einen britischen und einen amerikanischen Historiker und nicht etwa um einen deutschen oder osteuropäischen. Die Diskussionen, die also anlässlich des Karl Marx-Jubiläums zu führen seien, seien wichtig. Gesprächsbedarf sei vorhanden; genau dazu solle aber das Ausstellungsprojekt auch anregen.

Dem Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur lägen keine Indizien für einen erlittenen Imageschaden durch die bisherigen und von unterschiedlichen Institutionen und Kulturschaffenden getragenen Veranstaltungen im Rahmen des Karl Marx-Jubiläums in Trier vor. Auch fänden sich keine Hinweise auf einen Imageschaden, der durch die große Landesausstellung „KARL MARX 1818 – 1883. LEBEN. WERK. ZEIT.“, die explizit von der Stadt Trier und dem Land Rheinland-Pfalz getragen werde, entstanden sein könnte.

Anders hingegen bei der Stadt Trier: Dort seien in Bezug auf die Karl Marx-Ausstellung wie auch die Enthüllung der Statue zahlreiche sehr unterschiedliche Reaktionen von vielschichtiger Bandbreite eingegangen. Viele Menschen hätten sich erkennbar zum Teil sehr differenziert mit der Thematik auseinandergesetzt. Aus dieser vielschichtigen, positiven wie negativen, Kritik sei aber deutlich erkennbar, dass dennoch kein Imageschaden eingetreten sei; vielmehr sei eine notwendige Debatte zum Thema Karl Marx und auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit heute initiiert worden.

Insbesondere die Menschen, die der Stadt Trier vorgeworfen hätten, dass dort indifferenziert mit Karl Marx umgegangen werde, vor allem aus den Erfahrungen der ehemaligen DDR, seien seitens der Stadt Trier eingeladen worden, sich selbst ein Bild von den Ausstellungen und von der Statue zu machen und dann noch einmal selbst zu entscheiden. Auf die Schreiben der Stadt hätten zahlreiche mit positiven Rückmeldungen geantwortet. Es sei nämlich für alle Seiten erkennbar, dass sich die Stadt dieser wichtigen Stimmen in der Meinungsfreiheit, die für eine Gesellschaft selbstverständlich sei, eben nicht verschließe, sondern den Versuch unternehme, das, was getan werde, auch zu erklären. Das Recht auf freie Meinungsäußerung sei eine Selbstverständlichkeit.

Zu erwähnen sei auch die Tatsache, dass Marx in seiner Zeit für Pressefreiheit und das freie Wort und das Recht des Individuums gekämpft habe. Jean-Claude Juncker habe sich eines Zitats von Willy Brandt bedient, der einmal gesagt habe:

„Was immer man aus Marx gemacht hat, das Streben nach Freiheit, nach der Befreiung der Menschheit aus der Knechtschaft und unwürdige Unabhängigkeit war das Motiv seines Handelns. Und so war es

auch. Man muss Karl Marx aus seiner Zeit heraus verstehen und nicht in bewusster Nachbetrachtung Vorurteile abgeben, die es in der Form, auch in der Urteilsform, nicht geben darf.“

Durch den Kommunismus an der Macht hätten Hunderte Millionen von Menschen weltweit leiden müssen. Kommunistische Regime des 20. Jahrhunderts, die sich auf Werke von Marks und Engels berufen hätten und ein geschlossenes Lehrgebäude geschaffen hätten, um ihre totalitären Regime ideologisch zu unterfüttern, seien für den Tod und das Leid an unendlich vielen Menschen verantwortlich. Dessen sei sich die Landesregierung durchaus bewusst, und das Ausstellungsprojekt trage dem auch in jeder Hinsicht Rechnung. Vor diesem Hintergrund sei es natürlich verständlich, dass ein neutraler und offener Umgang mit Karl Marx als historischer Persönlichkeit des 19. Jahrhunderts vielen Menschen schwerfallen müsse. Nachvollziehbar sei auch, dass es ehemaligen sowjetischen Satellitenregimen in Europa schwerfallen werde, eine Annäherung an das aktuell in der Forschung entstehende neue Marx-Bild nachzuvollziehen. Dies führe auch dort zu Diskussionen.

Aber auch bei der Delegationsreise von Frau Staatssekretärin Raab im Mai dieses Jahres auf Einladung der Regionalregierung von Opoln anlässlich des 15-jährigen Jubiläums der Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Burgund-Franche-Comté, Opoln und Mittelböhmen habe keinerlei Imageschaden festgestellt werden können. Vielmehr habe das 4er-Netzwerk weiter ausgebaut und der Anlass für gute Gespräche genutzt werden können, wobei am Rande auch differenziert und sehr offen über Karl Marx und das Jubiläum in 2018 gesprochen worden sei.

Es habe viele gemeinsame Projekte gegeben, übrigens auch im Zusammenhang mit der Ausstellung eine Kooperation der Hochschule für Gestaltung in Trier mit dem Kunstinstitut der Universität von Opoln. Das Ergebnis, den sogenannten Magnetic Marx, könne der Besucher am Ende im letzten Raum des zweiten Teils der Landesausstellung im Landesmuseum jederzeit besichtigen. Es habe bei diesem Ausstellungsprojekt also durchaus ein konstruktives Miteinander auch mit Vertretern Osteuropas gegeben.

Er beende seinen Bericht mit einem Zitat von Heribert Prantl vom 9. April 2018 aus der Süddeutschen Zeitung, der geschrieben habe: „Das Verbrechen des realexistierenden Kommunismus kann man ihm“ – gemeint sei Karl Marx – „so viel oder wenig anlasten, wie man Alfred Nobel die Toten durch Dynamit anlasten kann.“

Herr Abg. Schmidt stellt fest, es gebe unterschiedliche Auffassungen über die Zusammenhänge zwischen den Marx'schen Ideen und der Wirkungsgeschichte. Natürlich sehe auch die AfD den 200. Geburtstag von Karl Marx durchaus als ein Ereignis an, dem man gedenken könne. Darum gehe es letztlich auch überhaupt nicht. Die Landesausstellung sei in weiten Teilen gar nicht das Problem, sondern vielmehr das Denkmal.

An den Feierlichkeiten, die Jean-Claude Juncker mit seiner Festrede eröffnet habe, hätten auch viele Minister der rheinland-pfälzischen Landesregierung teilgenommen. Insoweit gebe es natürlich auch einen Bezug zur rheinland-pfälzischen Landespolitik; es sei nicht nur eine Angelegenheit der Stadt Trier gewesen. Insofern sei das Land auch mit verantwortlich, was den Marx-Kult anbelange, und darin sehe er durchaus ein Problem.

Er selbst habe ebenfalls an den Feierlichkeiten teilgenommen und habe beobachtet, dass – nachdem die Feierstunde vorbeigewesen sei – verschiedene kommunistische Delegationen vor der Statue von Karl Marx posiert und Fotos gemacht hätten, unter anderem die Partei der Arbeit (Toufan), die Iranische Kommunistische Partei mit einer Fahne, auf der neben Engels, Marx und Lenin auch Stalin abgebildet sei. Sicherlich wäre es durchaus ein Imageschaden, wenn die Statue, die auch in ihrer Ästhetik ein sozialistisches und nicht mehr ganz zeitgemäßes Aussehen habe, zu einer Wallfahrtsstätte kommunistischer Nostalgiker würde. Dies würde früher oder später einen Imageschaden für die Stadt Trier bedeuten, aber auch darüber hinaus.

Herr Prof. Dr. Hardeck greift den letzten Satz seines Vorredners auf. Wenn Herr Abg. Schmidt davon spreche, dass früher oder später ein Imageschaden damit verbunden wäre, sei dies offensichtlich auch nach seiner Einschätzung bisher noch nicht eingetreten. Die Statue, über deren Ästhetik man natürlich durchaus streiten könne, stehe nun einmal in Trier an einem relativ diskreten Platz; allerdings auf

21. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2018
– Öffentliche Sitzung –

Sichtachse mit dem eigentlichen Wohnhaus der Familie Marx. Dieses Wohnhaus sei aber nicht identisch mit dem Geburtshaus, in dem sich das heutige Marx-Haus befinde, sondern es sei ein Haus in der Fußgängerzone bei der Porta Nigra.

Er selbst sei seit der Ausstellungseröffnung und auch seit der Enthüllung der Statue schon mehrfach dort gewesen, und tatsächlich entwickle sich dieses Denkmal zu einem ganz prominenten und beliebten Ort für Foto-Shootings und für Selfies. Dies sei vollkommen richtig. Dorthin gingen die unterschiedlichsten Menschen aus der ganzen Welt mit den unterschiedlichsten Motivationen, machten Fotos und lichteten sich selbst dort ab.

In einer freien Gesellschaft werde man aber nicht verhindern können, dass sich dort auch Menschen mit irgendwelchen Plakaten oder Fahnen aufhielten und Fotos machten, die andere vielleicht weniger sympathisch fänden. Er könne sich derzeit auch nicht vorstellen, welche Kritik die Landesregierung in dieser Hinsicht entgegennehmen sollte oder worauf sie reagieren sollte. Er frage, was die Stadt Trier nach Auffassung der AfD dagegen tun sollte. Es handele sich um ein Denkmal, das zum Nachdenken anregen solle. Es sei gewünscht, dass die Menschen anfangen sollten, sich neu mit dem Thema und mit der Person und dem Werk von Karl Marx auseinanderzusetzen. Es sei übrigens eines von vielen Denkmälern in Trier, aber es werde offensichtlich für längere Zeit wohl das populärste sein. Auch in Berlin stehe ein Marx-Engels-Denkmal, auch dort lichteten sich die Menschen mit dem Fotoapparat andauernd ab, aber niemand streite darüber.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss beschließt, an dem im Terminplan vorgesehenen Reservetermin

Donnerstag, 18.10.2018, 14.00 Uhr,

eine zusätzliche Ausschusssitzung durchzuführen.

Herr Vors. Abg. Hartenfels informiert über den Termin der nächsten Ausschusssitzung nach der Sommerpause, der am 4. September 2018 in Brüssel stattfindet.

Frau Fuhr (Ständige Vertreterin der Bevollmächtigten des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales) weist auf den am 4. September stattfindenden Rheinland-Pfalz-Abend in Brüssel hin, zu dem die Ausschussmitglieder herzlich eingeladen seien.

Mit einem Dank an die Anwesenden für die Mitarbeit schließt **Herr Vors. Abg. Hartenfels** die Sitzung.

gez. Anja Geißler

Protokollführerin

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete:

Geis, Manfred	SPD
Noss, Hans Jürgen	SPD
Scharfenberger, Heike	SPD
Schmitt, Astrid	SPD
Wansch, Thomas	SPD
Barth, Thomas	CDU
Meurer, Elfriede	CDU
Schreiner, Gerd	CDU
Seekatz, Ralf	CDU
Schmidt, Martin Louis	AfD
Roth, Thomas	FDP
Hartenfels, Andreas	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für die Landesregierung:

Fuhr, Monika	Ständige Vertreterin der Bevollmächtigten beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales
Hardeck, Prof. Dr. Jürgen	Referent im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Anzuhörende:

Ehrhardt, Werner	Vorsitzender des Fördervereins für die Zweisprachigkeit im Elsass und im Moseldepartement e.V., Dortmund
Frings, Dr. Michael	Leiter der Mainzer Studienstufe (MSS), Gutenberg-Gymnasium Mainz
Reding, Pierre	Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse, Département de l'Éducation nationale
Petilliot-Becker, Ilse	Referatsleiterin Grundschulen, Frühkindliche Bildung und Erziehung, Ministerium für Kultur, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Schreiner, Werner	Beauftragter der Ministerpräsidentin für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Waldkirch, Corinne	Max-Slevogt-Gymnasium Landau

Landtagsverwaltung:

Hardt, Dr. Markus	Ministerialrat
Schorr, Horst	Regierungsdirektor im Sten. Dienst (Protokollführer)
Geißler, Anja	Regierungsrätin im Sten. Dienst (Protokollführerin)